

City-Rundschau



für Charlottenburg-Wilmersdorf

Nr. 4 / 2011

Inhalt: Seite 3: Berlin bleibt Schlusslicht bei Langzeitarbeitslosen Seite 5: Ihre Kandidaten für die BVV Seite 6: Lehrermangel hält an

Klaus-Dieter Gröhler, Bürgermeisterkandidat für Charlottenburg-Wilmersdorf

Bürgerlich. Nicht links.

Überall auf den großen Wahlplakaten begegnet man derzeit Klaus-Dieter Gröhler. Er steht in Lebensgröße vor dem Lietzensee und wirbt für eine bürgerliche, nicht linke Bezirkspolitik. Doch wer ist der Bürgermeisterkandidat und wofür steht er tatsächlich? Wir haben es im Interview herausgefunden.

? Herr Gröhler, wenn Sie sich kurz beschreiben sollen, was sind die wichtigsten Punkte?

Klaus-Dieter Gröhler: Geboren bin ich 1966 in einer Seitenstraße des Kurfürstendamms, und in der Roscherstraße wurde ich getauft und konfirmiert. Mein Abi habe ich am Schiller-Gymnasium am Ernst-Reuter-Platz gemacht und dann an der FU Berlin Jura studiert. Als Jurist habe ich dann einige Jahre in der Senatsbauverwaltung gearbeitet, bevor ich 2001 Bezirksstadtrat geworden bin. Nebenamtlich prüfe ich beim Justizprüfungsamt angehende Juristen und außerdem bin ich – sehr gern – Vater eines 11-jährigen Sohnes.

? Als Vater haben Sie garantiert eine klare Auffassung zur Berliner Schulpolitik, oder?

Klaus-Dieter Gröhler: Ja, klar. Diese ständigen Versuche und

Experimente haben viele Eltern, Lehrer und Schüler in Berlin sehr verunsichert. Der Unterrichtsausfall ist ein Armutszeugnis. Mein Sohn ist gerade ins Gymnasium gekommen, mir ist sehr wichtig, dass diese Schulform erhalten bleibt. Dass die Grünen in ihrem Wahlprogramm die Einheitsschule anpreisen und das Gymnasium abschaffen wollen, wissen bisher viel zu wenige Eltern.

? Sie waren jetzt zehn Jahre Baustadtrat in Charlottenburg-Wilmersdorf und haben viele Projekte auf den Weg gebracht. Wie zufrieden sind Sie mit dem bisher Erreichten?

Klaus-Dieter Gröhler: In der Tat, ich konnte viele Projekte anschieben und begleiten, von der Renovierung der Fußgängerzone Wilmersdorfer Straße über die Rettung des Zoopalastes als Kino bis zur Aufwertung der Jungfernheide mit Klettergarten. Nicht zufrieden bin ich mit dem Zustand unserer Straßen, Parkanlagen, Spielplätze und Schulen. Die Haushaltspolitik des Senats macht die Infrastruktur der Stadt kaputt. Berlin verliert Substanz und die Bürger Lebensqualität. Es schmerzt zu sehen, wenn neue Plätze und Anlagen durch Graffiti und Vandalismus wieder kaputt gemacht werden.

? Worum wollen Sie sich in den ersten 100 Tagen kümmern, wenn Sie Bezirksbürgermeister werden?

Klaus-Dieter Gröhler: Wir müssen dringend die Finanzen neu ordnen. Für 2012 stehen knapp 20 Millionen Euro Schulden an. Das führt zur völligen Handlungsunfähigkeit der Kommunalpolitik. Die Mittel müssen zwischen Land und Bezirken neu aufgeteilt werden, damit hier wieder bürger-nahe Arbeit vor Ort geleistet werden kann, z.B. durch zusätzliches Personal in den Bürgerämtern, damit man nicht einen ganzen Tag auf dem Amt wartet, um einen neuen Ausweis zu erhalten.

? Welche Bevölkerungsgruppen liegen Ihnen besonders am Herzen?

Klaus-Dieter Gröhler: Wir müssen dringend die Angebote für Jugendliche erweitern. Die Kürzungen, die in den letzten Jahren unter SPD-Regie stattgefunden haben, schaden stark. Außerdem werden immer mehr Menschen immer älter. Darauf ist die Stadt bisher ungenügend vorbereitet. Das fängt bei seniorengerechten Wohnungen an und endet bei zu wenig Aufzügen an den U-Bahnhöfen. Das sind alles Themen, bei denen ich aktiv werden will.



Einladung zum
BÜRGERFEST AM OLYMPIASTADION
mit Klaus-Dieter Gröhler,
Andreas Statzkowski (MdA),
Stefan Evers und
Carsten Engelmann
**Freitag,
16. September,
ab 18.30 Uhr**
Stadionterrassen
am Olympiastadion
(Jesse-Owens-Allee 2),
gegenüber S-Bahnhof
Olympiastadion

Briefwahl

Schon jetzt die Stimme abgeben

Was machen Sie eigentlich am 18. September 2011? Sie sind im Urlaub auf Mallorca, bei Freunden an der Ostsee, mit den Kindern in Brandenburg? Oder wissen Sie heute noch gar nicht, was Sie an dem Sonntag vorhaben und wollen sich erst spontan entscheiden? Egal! Hauptsache, Sie verpassen nicht, am 18. September wählen zu gehen. Besser noch, Sie wählen jetzt schon per Brief, dann geht nämlich nichts mehr schief.

Um an der Briefwahl teilzunehmen, gibt es zwei Möglichkeiten:

Entweder Sie nehmen die Wahlbenachrichtigung, die Sie vom Bezirksamt in der ersten Augusthälfte erhalten haben und fordern Ihre Wahlunterlagen per Post an. Dann können Sie Zuhause wählen und schicken Ihre Stimmen per Brief an das Wahlamt. Oder Sie gehen gleich selbst zum Wahlamt im Rathaus Charlottenburg in der Otto-Suhr-Allee 100 am U-Bahnhof Richard-Wagner-Platz. Dort können Sie schon jetzt persönlich wählen und zwar zu folgenden Zeiten:

- Montag 8-15 Uhr
- Dienstag 11-18 Uhr
- Mittwoch 8-13 Uhr
- Donnerstag 11-18 Uhr
- Freitag 8-13 Uhr

Vergessen Sie nicht Ihren Personalausweis und denken Sie daran, nur wer wählt, entscheidet über die Zukunft mit, sonst entscheiden nur die anderen.

Für telefonische Rückfragen wenden Sie sich bitte an die Rufnummer ☎ 90 21 20 00.

Anschläge auf Autos entwickeln sich zum Flächenbrand

Wie lange will Wowereit noch schweigen?

Die verheerende Serie von Brandanschlägen reißt nicht ab. Die Brandstiftungen an Autos haben sich gegenüber 2010 mehr als verdoppelt und erreichen die Werte des bisherigen „Rekordjahres“ 2009.

Der Vandalismus hat inzwischen unerträgliche Ausmaße angenommen und sich zu einem Flächenbrand entwickelt. Wie lange wollen Wowereit und Körtzing diesen Sittenverfall noch tolerieren? Die Angriffe auf unbescholtene Bürger dürfen vom Senat nicht länger tatenlos hingenommen werden. Wenn es Wowereits Verständnis von Berlin ist, dass jede Nacht Autos brennen, dann versteht er die Stadt nicht. Berlin ver-



Frank Henkel
Foto: Martin U.K. Lengemann

stehen heißt auch Berlin schützen. Die Gewalt wird nicht aufhören, wenn man die Hände in den Schoß legt und das Problem wegschweigt. Unsere Forderungen nach Einrichtung einer Sonderkommission oder einem runden Tisch gegen politischen Extremismus werden seit Jahren abgeblockt. Die „Strategie“, die Landespolizeireserve gleichzeitig als Streife im Öffentlichen Personen-

nahverkehr und als Brandstreife einzusetzen, ist nicht aufgegangen und hat zur Zersplitterung der Kräfte geführt. Davon hatten wir schon von Anfang an gewarnt: Denn generell sind die Bereitschaftspolizisten mit anderen Aufgaben und Aufträgen betraut und müssen im Fall von sogenannten Landeslagen abgezogen werden.

Ich erwarte von Wowereit endlich eine deutliche Stellungnahme und einen Aktionsplan, um diese Verbrecher zu stoppen. Der Kampf gegen die Brandanschläge auf Autos muss endlich politische Priorität erhalten!

Frank Henkel
Fraktions- und Landesvorsitzender der CDU

CDU setzt 2000 Euro Belohnung zur Ergreifung der Täter aus!

In den vergangenen Nächten haben wiederholt Autos gebrannt. Schwerpunkte waren Charlottenburg-Nord und Westend. Bürgermeisterkandidat Klaus-Dieter Gröhler: „Die CDU Charlottenburg-Wilmersdorf hat die von der Polizei ausgesetzte Belohnung kürzlich um 2000 Euro erhöht und fordert die Autoversicherungen auf, ebenfalls Belohnungen auszusetzen, damit diesem strafbaren Treiben ein rasches Ende gesetzt wird.“ Darüber hinaus fordert die CDU vom Senat einen Aktionsplan, um den Brandstiftern das Handwerk zu legen, bevor Menschen zu Schaden kommen.

Von Anita Gnielinski

Wie schützenswert ist unsere Demokratie für Linke, Grüne und SPD?

Wer eine finanzielle Förderung für Projektarbeit im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ beantragt, wird aufgefordert, sich schriftlich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit zu gewährleisten (Demokratie-Erklärung).

Dieses Bekenntnis zum Grundgesetz haben Linke, Grüne und SPD in der Bezirksverordnetenversammlung im Mai abgelehnt und mit ihrer Mehrheit beschlossen, diese Voraussetzung für eine finanzielle Förderung aus Steuergeldern zu streichen. In der Begründung hat die Linke die Bundesregierung wegen der Demokratieerklärung mit dem Politbüro der DDR verglichen. Grüne und SPD haben sich nicht davon distanzieren lassen. Einzig CDU und FDP haben sich für den Erhalt der Demokratie-Erklärung eingesetzt. Leider sind CDU und FDP bisher in der Minderheit und wurden daher überstimmt.

Die Demokratie-Erklärung ist unserer Meinung nach wichtig gerade bei der Wertevermittlung an junge Menschen im Rahmen



von Projektarbeit. Die Erfahrung hat uns gelehrt, dass Demokratie und Freiheit nicht selbstverständlich sind – erst vor wenigen Tagen wurde des Mauerbaus vor 50 Jahren durch die DDR-Regierung gedacht. Für uns sind Demokratie und Freiheit Werte, die ständig zu schützen sind.

Anita Gnielinski (CDU), Kandidatin für die Bezirksverordnetenversammlung

Von Klaus-Dieter Gröhler

Wer versteht Berlin?

„Berlin verstehen“ – so lautet der Wahlkampf-Slogan des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit und seiner Partei der SPD. Viele sind über den Satz überrascht. Was soll er bedeuten? Will Wowereit zukünftig Berlin verstehen oder meint er, er versteht die Stadt bereits jetzt? Letzteres sollte man für einen Regierungschef, der seit zehn Jahren die Stadt führt und das weitere fünf Jahre tun will, voraussetzen. Soll der Slogan allerdings bedeuten, dass Wowereit ab jetzt Berlin verstehen will, dann fragt man sich, was hat der Mann die letzten fünf Jahre getan?



Welche Form auch zutrifft, dass Wowereit bisher oder zukünftig wirklich weiß, wie die Stadt tickt, was die Menschen bewegt und welche Probleme sie haben, darf bezweifelt werden. Denn egal, welches Thema ansteht, Wowereit hält sich aus den Debatten weitestgehend raus, ist fast unpolitisch. Brennende Autos, marode S-Bahn, Schlaglöcher, fehlende Integrationserfolge, eine überforderte Polizei und die Haushaltsnotlage der Bezirke, zu allen diesen Themen sucht man vergeblich nach Positionen des Berliner Regierungschefs.

Aber vielleicht bin ich zu hart im Urteil, es gibt auch Themen, zu denen er sich geäußert hat. Das Schneechaos kommentiert er mit dem Hinweis, wir seien nicht in Haiti. Zur Schulpolitik fiel ihm ein, dass er seine Kinder

auch nicht in Kreuzberg auf eine Schule gehen lassen würde und steigende Mieten sah er als positives Zeichen. Dass er auf den Bürgerwillen nicht viel gibt, belegten seine Äußerungen, der Flughafen Tempelhof würde geschlossen, auch wenn die Menschen dazu anders entscheiden würden.

„Berlin verstehen“? Es wird Zeit, dass die Berlinerinnen und Berliner verstehen. Die SPD regiert in Berlin, abgesehen vom CDU-FDP-Senat zwischen 1981 und 1989, inzwischen durchgehend seit 1946. Da ist der Slogan „Zeit, dass sich was ändert“ wahrlich passender.

Klaus-Dieter Gröhler Spitzenkandidat der CDU für das Amt des Bürgermeisters von Charlottenburg-Wilmersdorf

Von Frank Henkel

Anzahl der Straftaten nimmt zu!

„In den ersten fünf Monaten dieses Jahres stieg die Anzahl der Straftaten um 11,3 Prozent. Wohnungseinbrüche nahmen um 45,5 Prozent zu, Fahrraddiebstähle um 45,6, Brandstiftungen um 23 Prozent. Gerade bei den Brandstiftungen sind noch erhebliche Steigerungsraten zu befürchten. In der letzten Zeit kam es so gut wie jede Nacht zu mehreren Brandstiftungen. Allein in diesem Jahr zählte die Polizei weit über 250 Anschläge auf Autos.“

Die Zuwächse bei der Kriminalität wecken Zweifel, ob die letzte Kriminalitätsstatistik, die 2010 noch ein Absinken der Kriminalität feststellte, wirklich die Realität abbildete oder schon ein Wahlkampfmittel des SPD-Senators Körting war.

Die zunehmende Kriminalität zeigt, dass der sicherheitspolitische Sparwahn des rot-roten Senates – jeder fünfte Polizeibeamte wurde abgebaut – nun die Folgen hat, vor denen die CDU immer wieder gewarnt hat. Angesichts dieser besorgniserregenden Entwicklung stellen sich die Bürger zu Recht die Frage, warum der Senat nicht handelt.

Natürlich wissen auch wir, dass es eine 100-prozentige Sicherheit nicht gibt. Dennoch gehört zu den obersten Aufgaben eines Staates, die Menschen bestmöglich zu schützen. Die Entwicklung zeigt jedoch, dass nicht nur Gewalttäter und Kriminelle ein Sicherheitsrisiko darstellen, sondern faktisch auch die Landesregierung. Das muss sich dringend ändern.

Frank Henkel, Fraktions- und Landesvorsitzender der CDU

Von Judith Stückler



Sind Werte selbstverständlich?

Leider nicht. Wären sie selbstverständlich, müssten wir sie nicht immer neu definieren und neu formulieren. Soziale Gerechtigkeit und Verantwortung basieren auf Nächstenliebe in Form von Hinwendung zu den Schwachen der Gesellschaft. Es reicht nicht, das Thema Soziale Gerechtigkeit auf Wahlplakate zu schreiben. Soziale Verantwortung muss man persönlich üben, Nächstenliebe muss man persönlich wahrnehmen!

Die Union hat sich immer zu den christlichen Grundwerten, Freiheit und Solidarität bekannt. Der CDU Ortsverband Charlottenburg-Nord pflegt insbesondere die Kontakte zu den Kirchen, zu ehrenamtlich Tätigen und Einrichtungen, die im Dienst der Nächstenliebe tätig sind. Besonders intensiv gestaltet sich der Austausch mit der Syrisch-orthodoxen Gemeinde Mor Afrem und Einrichtungen der Caritas. Hier konnten bereits durch den Ortsverband Charlottenburg-Nord konkrete Anliegen positiv umgesetzt werden.

In diesem Bereich versuche ich, ein kompetenter und engagierter

Ansprechpartner zu sein. Durch meine ganz persönliche Haltung Werte zu leben, indem ich über viele Jahre Strafgefangene begleitet habe, setze ich mich nachhaltig für die Anliegen der Einrichtungen und Ehrenamtlichen ein. Wo Werte gelebt werden, wirkt sich das positiv aus. Vorbilder im Sinne der genannten Werte sind zum Beispiel auch alle, die ehrenamtlich in unserer Gesellschaft tätig sind. Die Aufgaben sind vielfältig: im Sozialen Bereich, in Vereinen, Gremien, im Kulturbereich, im Sport. Wir haben allen Grund für diese Arbeit dankbar zu sein, die oft im Stillen ausgeübt wird. Viele Leistungen könnten nicht erbracht werden, wenn es die ehrenamtlich Tätigen nicht gäbe.

Wie sagte einst Alfred Herrhausen: „Wir müssen das, was wir denken sagen. Wir müssen das, was wir sagen, tun. Wir müssen das, was wir tun, dann auch sein!“

Judith Stückler (CDU) Kandidatin für die Bezirksverordnetenversammlung

Berlin wieder Schlusslicht bei Langzeitarbeitslosen



Foto: Markus Bornmann, Fotolia.com

Und der Senat schaut einfach nur zu

Die beste Sozialpolitik ist die Schaffung von Arbeitsplätzen für Arbeitssuchende. Wenn man es mit den Zukunftsperspektiven für die Berliner Arbeitnehmer wirklich ernst meint, dann können einen die aktuellen Arbeitsmarktzahlen nur zornig machen.

Denn mit einer Arbeitslosenquote von 13,5 Prozent hat Berlin gegenüber dem Vormonat und hat sich als Erklärungsmuster und „Quelle allen Übels“ die Bundesregierung ausgesucht. Seine einzige „Trumpfkarte“, der Öffentliche Beschäftigungssektor, hat sich von Anfang an als Lusche erwiesen. Er ist ein untaugliches und angesichts des Sparzwanges auch ein zu teures Instrument, um die in Berlin anstehenden Probleme zu lösen.

Das dies nun auch von wissenschaftlicher Seite durch die DIW-Studie bewiesen ist, dafür sollte vor allem der kommende Senat dankbar sein. Er kann und muss vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse künftig vieles besser machen.

Und was macht der rot-rote Senat? Er hat sich nie bemüht, die

Widerspruch aufzulösen. Im Gegenteil: Seit Jahren verwalte er lieber Elend und hat sich als Erklärungsmuster und „Quelle allen Übels“ die Bundesregierung ausgesucht. Seine einzige „Trumpfkarte“, der Öffentliche Beschäftigungssektor, hat sich von Anfang an als Lusche erwiesen. Er ist ein untaugliches und angesichts des Sparzwanges auch ein zu teures Instrument, um die in Berlin anstehenden Probleme zu lösen.

Das dies nun auch von wissenschaftlicher Seite durch die DIW-Studie bewiesen ist, dafür sollte vor allem der kommende Senat dankbar sein. Er kann und muss vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse künftig vieles besser machen.

Und was macht der rot-rote Senat? Er hat sich nie bemüht, die

CDU lehnt Schullotterie weiter ab

Statt zu verlosen, eine Regionalquote einführen!

Dem Berliner Verwaltungsgesicht zufolge ist die Vergabe von Plätzen an Oberschulen durch die sogenannte Schülerlotterie rechtmäßig. Was rechtmäßig ist, muss aber nicht gerecht sein.

Das bundesweit einmalige Verfahren, bei dem 30 Prozent der Plätze unabhängig von der Leistung verlost werden, wird von vielen guten Schülern, die nicht zum Zuge kamen, als ungerecht empfunden. Das ist verständlich. Vor diesem Hintergrund lehnen wir die rot-rote Schülerlotterie weiterhin ab. Die Zukunft vieler Schülerinnen und Schüler darf nicht vom Los abhängen. Leistung und Profilbildung müssen die entscheidenden Kriterien sein. Es ist den Betroffenen nicht vermittelbar,

warum sie an einer Schule nicht aufgenommen werden, obwohl sie einen besseren Notendurchschnitt als andere haben, und lange Wege zu einer anderen Schule hinnehmen müssen. Deshalb bleiben wir dabei: Die Losquote muss abgeschafft werden. Wir wollen stattdessen leistungsbezogene Aufnahmekriterien und eine Regionalquote, bei der Plätzen zurückgehalten werden, um unzumutbare Wege zu verhindern.

Auch wenn die Klagen vom Berliner Verwaltungsgericht abgewiesen worden sind, die Frage der Vergabe von Plätzen an Oberschulen ist eine politische Entscheidung. Es ist deshalb Zeit für einen Wechsel – auch in dieser Frage.

Wer fühlt sich in Berlin noch sicher?

4000 Polizisten fehlen

Wer die Zeitung aufschlägt, entdeckt jeden Tag mindestens einen Bericht über angezündete Autos oder Kinderwagen. Auch Artikel, dass wieder jemand in der U-Bahn oder auf der Straße zusammengeschlagen und bestohlen worden ist, häufen sich.

Was, fragt man sich angesichts der erschreckenden Zahlen aus der Kriminalstatistik dieser Stadt, unternimmt der rot-rote Senat dagegen? Die Antwort ist einfach. Nichts! Stattdessen wird um den Posten des zukünftigen Polizeipräsidenten gebalgt, wie um einen Fleischknochen, weil der zuständige Senator, Herr Körting (SPD) ein rechtsfehlerhaftes Ver-

fahren für seinen Favoriten auf den Wege gebracht hat, um anschließend vor Gericht kläglich zu scheitern. In Berlin fehlt es aber nicht nur an einem Polizeipräsidenten, sondern nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei an insgesamt 4000 Polizisten. Der rot-rote Senat hat mit seiner verfehlten Personalpolitik dafür gesorgt, dass man sich als Bewohner dieser Stadt nicht mehr sicher fühlt, weder auf der Straße noch in öffentlichen Verkehrsmitteln.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass mehr Polizisten eingestellt und mehr Personal durch BVG und DB auf den Bahnsteigen für Ordnung und für die Sicherheit der Fahrgäste sorgen.



Foto: Henning von Hehl, Fotolia.com

Kaum ein Tag vergeht, ohne dass in Berlin Autos brennen.

Impressum

City-Rundschau
für Charlottenburg-Wilmersdorf

V.i.S.d.P.: Andreas Statzkowski
CDU Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin, Tel.: (030) 341 35 34

Herausgeber: Marko Gajdzadziev

Redaktion: René Powilleit, Christian Sauer, Andreas Statzkowski, Joachim Krüger, Peter Erdmann

Layout: Axel Springer Druckhaus Spandau

Druck: Berliner Zustell- und Vertriebsgesellschaft für Druckerzeugnisse mbH

Zustellung: 115 051 Exemplare

Auflage: 115 051 Exemplare

Leserbriefe, Anregungen und Fragen richten Sie bitte an

City-Rundschau für Charlottenburg-Wilmersdorf
Postfach 100167, 10585 Berlin
oder per E-Mail an redaktion@city-rundschau.de

Hunde - Haftpflicht

44,09 € jährlich

Private - Haftpflicht

43,52 € jährlich



Die Angebote gelten für über 55 jährige Antragsteller.

Die Deckungssummen belaufen sich auf

6 Mio. € für Personen und Sachschäden.

(mit Wechsel-Service)

Ihr Ansprechpartner - VPV - Generalagentur

Thomas Howitz - Tel. 030 / 30 10 99 56

Unser Service für Sie

Fahrdienst am Wahltag

Traditionell bietet die CDU Charlottenburg-Wilmersdorf am Wahltag einen Fahrdienst ins jeweilige Wahllokal an. Der Dienst richtet sich an Bürgerinnen und Bürger, die statt der Briefwahl lieber im eigenen Wahllokal wählen wollen, denen aber der Weg zu beschwerlich ist oder die kurzfristig erkranken. Unter € 341 35 34 nimmt das CDU-Büro schon jetzt Vorbestellungen entgegen, aber auch am Wahlsonntag selbst kann man zwischen 9 und 16 Uhr den Fahrdienst bestellen.

**Nicht nur ein toller Ausblick...
...sondern auch ein toller Einblick.**

Glockenturm am Olympiastadion

Dauerausstellung: Dokumentationsausstellung
"Geschichtsort Olympiagelände 1909 - 1936 - 2006"
Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums

DOCUMENTARY EXHIBITION
"HISTORIC SITE - OLYMPIC GROUNDS 1909 - 1936 - 2006"
An exhibition by the German Historical Museum

Glockenturm am Olympiastadion - www.glockenturm.de - Tel. 305 81 23 - Fax. 305 38 88

Kaiserin-Augusta-Allee

Und mittendrin die Kaiserin

Seit dem 22. Mai 1877 gibt es in Charlottenburg die Kaiserin-Augusta-Allee. Anfangs führte sie noch bis hin zur Schlossbrücke und umfasste auch den Straßenverlauf, der am 30. März 1950 in Mierendorffstraße umbenannt wurde.

Zu Kaiserin Augusta hatten die Charlottenburger Bürgerinnen und Bürger ein besonderes Verhältnis. Über ihre politischen Einmischungen und Ziele konnte man trefflich streiten, nicht jedoch über ihr allseits geschätztes Engagement für die von den Kriegen hart Betroffenen. So hatte Kaiserin Augusta auf einem ehemaligen Meiereigrundstück zwischen der heutigen Mierendorffstraße und dem Bonhoefferufer in Sichtweite der Schlossbrücke bereits im Jahr 1872, also ein Jahr nach Ende des deutsch-französischen Krieges, ein Waisenhaus und eine Erziehungsanstalt für die durch den Krieg verwaisten Offizierskinder gegründet, das an diesem Ort dann immerhin bis 1902 existierte.

Die deutsche Kaiserin Augusta wurde am 30. September 1811, also vor nun fast genau 200 Jahren, als Augusta Marie Luise Katharina von Sachsen-Weimar-Eisenach in Weimar geboren, Grund dafür, dass die Arbeitsgemeinschaft der Geschäftsleute rund um den Mierendorffplatz zu vielfältigen Feierlichkeiten einlädt. Als Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Charlottenburg-Nord sind wir gern dabei.

Aber es gibt in diesem Jahr bezüglich der Kaiserin noch zwei weitere Jubiläumsdaten: 1861, also vor genau 150 Jahren, wurde sie an der Seite Wilhelms I. Königin von Preußen. Und zehn Jahre später, 1871, also genau von 140 Jahren, wurde sie Kaiserin von Deutschland, nachdem Wilhelm im Spiegelsaal von Versailles bei Paris zum Deutschen Kaiser proklamiert worden war. Also: Es gibt viele Anlässe, um sich in diesem Jahr an die Kaiserin Augusta zu erinnern!

Und noch ein Hinweis zum Vornotieren: Am 21. Oktober um 18 Uhr im Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 100 (Lily-Braun-Saal) spricht der CDU-Bürgerdienste- und Personalstadtrat Joachim Krüger beim Heimatverein Charlottenburg über die recht schwierigen Beziehungen zwischen Kaiserin Augusta und dem Reichskanzler Otto von Bismarck. Der Besuch der Veranstaltung ist kostenlos, Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Zustände in den Bürgerämtern sind unhaltbar

Die CDU fordert alle freien Stellen sofort zu besetzen!

Die derzeitigen Probleme in den Berliner Bürgerämtern zeigen deutlich, dass es noch große Baustellen auf dem Weg hin zu mehr Bürgerfreundlichkeit in den Berliner Behörden gibt.

Seit Anfang des Monats lesen wir jeden Tag neue Schreckensmeldungen über die chaotischen Zustände in den Berliner Bürgerämtern. In diesem Zusammenhang erscheint es geradezu absurd, wenn sich der Senat für seine „Erfolge“ des Programms Service-Stadt Berlin feiern lässt. Von Verbesserungen des Dienstleistungsangebots in der Berliner Verwaltung zu sprechen, ist in diesen Tagen Hohn und Spott für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die bis zu sieben Stunden auf dem Bürgeramt warten oder sogar unverrichteter Dinge wieder nach Hause gehen müssen, weil zehn Minuten nach Öffnung des Bürgeramtes bereits alle Wartemarken vergeben sind.

Die Ursachen für das Chaos in den Bürgerämtern sind indes schnell gefunden: In vielen Bürgerämtern sind derzeit viel zu wenig Mitarbeiter im Einsatz, was nicht nur auf urlaubs- oder krankheitsbedingte Abwesenheiten zurückzuführen ist. In den letzten Jahren wurden Bürgerämter oder deren Außenstellen geschlossen,



Wer derzeit etwas im Bürgeramt zu erledigen hat, muss mit quälend langen Wartezeiten rechnen.

Öffnungszeiten verringert sowie Stellen abgebaut oder nicht neu besetzt. Besonders dramatisch stellt sich die Lage in den östlichen Bezirken dar. So gab es in Marzahn-Hellersdorf im Jahr 2006 noch 68 Mitarbeiter in den Bürgerämtern. 2010 waren es nur noch 39. Deutliche Personalreduzierungen gab es auch in Lichtenberg und Treptow-Köpenick sowie im Bezirk Reinickendorf.

Selbst Bürgerämter in Bezirken, in denen die Beschäftigtenzahl in den vergangenen Jahren laut Angaben des Senats gleich geblieben oder sogar gestiegen ist, scheinen kurz vor einem Kollaps zu stehen, wie die Beispiele in Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitte und Neukölln zeigen.

Dies zeigt, dass das Problem nicht nur in einer defizitären personellen Ausstattung der Ämter

zu suchen ist, sondern vielmehr auch darin liegt, dass immer mehr Aufgaben auf den Schultern der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bürgerämter abgeladen wurden. Es ist daher dringend erforderlich, dass alle freien Stellen in den Berliner Bürgerämtern sofort besetzt werden! Nur so kann man dem derzeitigen Ansturm auf die Berliner Bürgerämter Herr werden.

Vorsitzliche Unterveranschlagung durch den Senat

Haushaltssperren in den Bezirken nur durch dumme Rechenspielen

Nachdem der Bezirk Mitte bereits Mitte des Jahres eine Haushaltssperre verhängt hat, ereilt Spandau nun dasselbe Schicksal. Es ist deshalb Zeit, dass Finanzsenator Nußbaum seine Spielchen mit den Bezirksfinanzen beendet.

Etwa 6,5 Millionen Euro beträgt das aktuelle Defizit in Spandau. Dieses Defizit war bereits mit der nicht ausreichenden Zuweisung für das laufende Haushaltsjahr von der Finanzverwaltung so angelegt. Die jetzt verhängte Haushaltssperre führt dazu, dass in den Bürgerämtern und in den bezirklichen Sozialeinrichtungen nichts mehr geht.

Der Bezirk muss sich aber keine Sorgen machen, denn die Senatsverwaltung für Finanzen wird wie in jedem Jahr die benötigten Mittel nachschießen: Im letzten Jahr erhielt Spandau allein für die Hilfen zur Erziehung nachträglich 5,4 Millionen Euro, insgesamt mussten dem Bezirk für 2010 13,2 Millionen Euro zugestanden werden. Damit hat die Senatsverwaltung für Finanzen indirekt die



Die Kassen der Bezirke sind gähmend leer.

Foto: Michael Möller, Fotolia.com

massive Unterfinanzierung eingestanden.

In Charlottenburg-Wilmersdorf sind ähnliche Auswirkungen absehbar. Im laufenden Jahr waren es rund 7 Millionen Euro Defizit. Im kommenden Jahr werden bis zu 20 Millionen Euro an Schulden erwartet. Haushaltssperre, Schließung von bezirklichen Einrichtungen, Verkauf von Dienstgebäuden und Zwangsverwaltung sind die erkennbaren Folgen.

Die CDU fordert den Senat auf, das Spielchen mit der vorsitzlichen Unterveranschlagung zu beenden. Die Verhängung und Aufhebung von Sperren und die sich jährlich anschließende Basis-korrektur binden unnötige Verwaltungsressourcen und sind in ihren Auswirkungen bürgerfeindlich. Die CDU „kann“ mit Finanzen und Wirtschaft. Es tut dringend not, deshalb dieses Mal mit allen drei Stimmen CDU zu wählen.

Fahrradständer

CDU macht Angebot an Geschäftsleute

Immer mehr Menschen nutzen ihr Fahrrad auch zum Einkaufen. Viele Händler stellen deshalb Fahrradständer für ihre Kunden bereit – und müssen für die Nutzung des Straßenlandes Gebühren bezahlen. Dem will die CDU nun abhelfen. Baustadtrat Klaus-Dieter Gröhler bietet Gewerbetreibenden an, gegen einen kleinen Betrag fest im Boden verankerte Fahrradständer zu installieren. Hierzu meint der Verkehrsexperte der CDU Charlottenburg-Wilmersdorf, Stefan Evers: „Bei diesem Modell gewinnen alle. Die Händler sparen Gebühren und können gleichzeitig Werbung an den Fahrradständern anbringen. Für die Radfahrer wird das Abstellen ihrer Räder noch sicherer. Und für uns alle wird das Straßenbild einheitlicher.“ Stefan Evers wünscht sich von den Geschäftsstraßen im Bezirk eine breite Unterstützung für das neue Modell.

Mehr erfahren:

www.cdu-charlottenburg-wilmersdorf.de

Bezirksverordnetenversammlung

Ihre Kandidaten für die BVV



Die Kandidaten der CDU nach Listenplatz

1. Klaus Dieter Gröhler Stadtrat für Bauwesen
2. Susanne Klose, Susanne Erzieherin
3. Anita Gnielinski Rentnerin
4. Karsten Sell KKH-Gebietsleiter
5. Hans-Joachim Fenske Technischer Leiter
6. Paul-Georg Garmer Fachgebietsleiter Strategie / Politik
7. Albrecht Förschler Studienrat
8. Judith Stückler Kitaleiterin
9. Marion Halten-Bartels Rentnerin
10. Manuel Hercygie Angestellter
11. Gesina Gisa Projektleiterin
12. Eveline Kupke Marktforscherin
13. Arne Herz Rechtsanwalt
14. Barbara Siele selbstständig / Hausverwaltung
15. Andreas Pinkawa Geschäftsführer
16. Gerald Mattern Versicherungsfachm.
17. Helmut Süß Projektleiter
18. Stefan Häntsch Rechtsanwalt
19. Gerd Huwe Angestellter Marketingbereich
20. Petra Händl Ballettpädagogin
21. Simone Ertel Studentin
22. Ute Violet Oberregierungsratin Sen. Inn.
23. Alexandra Peters Sekretärin
24. Markus Schneider Verwaltungsangestellter
25. Laurenz Kiefer Schüler

Dank und Anerkennung für die Bewahrer der „grünen Lungen“ unserer Stadt

Kleingärtner können sich auf die CDU verlassen!

Auf Einladung des Verbandes Deutscher Grundstücksbesitzer e.V. fand eine Podiumsdiskussion mit dem stellvertretenden Bezirksbürgermeister und Baustadtrat, Klaus-Dieter Gröhler, CDU, und dem CDU-Bürgerdienste-Stadtrat Joachim Krüger statt.

Unter der Leitung des 1. Vizepräsidenten des Verbandes, Dr. Klaus-Joachim Henkel, wurden im überfüllten großen Saal des Jugendclubs Heckerdamm grundlegende Fragen der zukünftigen Entwicklung des Kleingartenwesens, aber auch konkrete Probleme vor Ort in den Charlottenburger Kleingärten diskutiert. Baustadtrat Klaus-Dieter Gröhler, zugleich auch Bürger-

meisterkandidat der CDU in Charlottenburg-Wilmersdorf, machte deutlich, dass allein die CDU im Bezirk für eine Politik mit Augenmaß eintrete, wenn es um den Rückbau übergroßer Lauben gehe. Es müsse dabei aber auch bedacht werden, dass das Bundeskleingartengesetz nicht dauerhaft unterlaufen werden könne, wenn die Kleingärtner die vom Gesetz festgeschriebenen finanziellen Vorteile nutzen wollen. Gröhler unterstrich die mittelfristige Sicherung des Großteils der Kolonien durch die Ausdehnung der Schutzfristen bis 2020.

In seinem Beitrag betonte Joachim Krüger, zugleich CDU-Direktkandidat im Wahlkreis 1 (Charlottenburg-Nord) für die

Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, die soziale und ökologische Funktion der Kleingärten im Charlottenburger Norden. Für Familien mit Kindern seien die Gartenparzellen wichtige Treffpunkte zur gemeinsamen Freizeitgestaltung. Für die großen bebauten Flächen im Bezirk stellten die Kleingärten klimatisch wertvolle Ausgleichsflächen dar. Er lobte zugleich die Durchwegung der Kolonien, die vielen Menschen die Möglichkeit gibt, bei Spaziergängen von dieser „grünen Lunge“ zu profitieren.

Zugleich wurde von beiden CDU-Politikern auf die eindeutige Position der CDU-Abgeordnetenhausfraktion zur Weiterentwicklung des Berliner Kleingartenwe-



Judith Stückler, Joachim Krüger und Klaus-Dieter Gröhler nach der Podiumsdiskussion mit den Kleingärtnern.

sens hingewiesen. Die konkreten Vorstellungen der CDU seien jedoch von der den Senat tragenden SPD-Linkspartei-Mehrheit im

letzten Jahr angelehnt worden. Es wurde vereinbart, diese konstruktiven Gespräche bei nächster Gelegenheit fortzusetzen.

Schlittschuh-Club

Rekordmeister wird ins Aus geschickt

Der Berliner Schlittschuh-Club ist ein Traditionsverein mit einer über 115-jährigen Vereinsgeschichte. Nach seiner Gründung im Jahre 1893 ist der Club mit seinen 20 Meistertiteln im Eishockey immer noch amtierender Rekordmeister des Deutschen Eishockey-Bundes. Neben den Wintersportarten wie Curling, Eisschnelllauf und Eishockey bietet der Berliner Schlittschuh-Club traditionell seit dem Jahre 1897 Tennis an. Das Vereinsgelände befindet sich in der Glockenturmstraße 21, mitten in Westend. Mit seinen zwölf Tennisplätzen bietet die Anlage optimale Trainingsbedingungen.

Nach 1945 musste der Verein vom eigenen Vereinsgelände auf das Pachtareal an die Glockenturmstraße umziehen. Nach überstandener Insolvenz und privater Initiative zur Verbesserung der Sportstätten erreichte den Verein vor kurzem ein Schreiben des SPD-Bürgermeisterkandidaten und Sportstadtrats Naumann, in dem dem Verein nach 50 Jahren das Grundstück an der Glockenturmstraße gekündigt wurde. Er handelt dabei gegen Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlung, die sich für den Schlittschuhclub eingesetzt hatten. Um Fakten zu schaffen, verhandelt er hinter dem Rücken der BVV bereits mit möglichen Nachzuzern.

So ein Mann will Bezirksbürgermeister in Charlottenburg-Wilmersdorf werden.

Lehrermangel hält an

Senator Zöllner geht, die Probleme bleiben

Auch in diesem Jahr will Senator Zöllner beim Schulstart wieder alles richtig machen. Bisher konnte er sein Versprechen nie einhalten. Viele Berliner Schulen starteten stets nicht mit der notwendigen Lehrerausstattung von 100 Prozent.

Auch dieses Mal ist zu bezweifeln, dass es ihm gelingen wird. Dafür hat er zu lange starrsinnig die Verbeamtung ausgeschlossen, die Arbeitsbedingungen der Lehrer verschlechtert und so zusehen, wie gut ausgebildete Lehrer Berlin scharenweise verlassen. Der Lehrermangel ist jedoch nicht die einzige Baustelle, die der scheidende Senator Zöllner der Stadt hinterlässt. Ein großes Problem stellt nach wie vor das Jahrgangsübergreifende Lernen dar, in dem jedes fünfte Kind nach wie vor sitzen bleibt. Immer mehr Schulen – und auch Eltern – lehnen dieses Konzept aufgrund der fehlenden individuellen Förderung ab.

Auch die Schülerlotterie ist für viele Schülerinnen und Schüler ein Problem. Dass 30 Prozent der Plätze an weiterführenden Schulen per Los vergeben werden, ist widersinnig und leistungsfeindlich. Aufgrund dieses bundesweit einmaligen Verfahrens bleibt vielen die Wunschschule trotz guter Noten verwehrt und muss gegebenenfalls einen längeren Schulweg in Kauf nehmen. Noch nie gab es so viele Klagen gegen die Schulplatzvergabe. Die Schülerlotterie muss deshalb schleunigst abgeschafft und eine Regionalquote eingeführt werden.



Der Schultag war oft ein kurzer, denn viele Unterrichtsstunden fielen in Berlin wegen des Lehrermangels aus. Foto: ccvision

Eine weitere Baustelle ist die Umsetzung der UN-Konvention zur Inklusion. Erst dauerte es jahrelang, bis Zöllner überhaupt etwas vorlegte, und dann wurde es parteiübergreifend abgelehnt.

Die CDU-Fraktion hat beantragt, dass die hochqualitative und individuelle Förderung an den Förderschulen nur so weit aufgegeben werden darf, wie eine ebene so qualitative Förderung an den Regelschulen gesichert ist. Wichtig ist dabei vor allem der Erhalt der Fachlichkeit und verbindliche Qualitätsstandards für die sonderpädagogische Förderung an allen Lernorten. Das ist jedoch nicht zum Nulltarif zu haben.

Hintergrund

Bildungsmonitor bestätigt erneut Berlins Defizite

Nach der aktuellen Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft liegt Berlin im Vergleich zu den anderen Bundesländern wieder abgeschlagen auf dem letzten Platz. In allen Bundesländern, insbesondere in den in der Vergangenheit von der Union geführten Bundesländern, sind die eingeleiteten Reformen nach dem PISA-Desaster schneller wirksam geworden. Besorgniserregend ist das schlechte Abschneiden in den Feldern, die für die Zukunftsfähigkeit maßgeblich sind, wie zum Beispiel Integrationskraft und Bekämpfung der Bildungsarmut. Verantwortlich für das schlechte Abschneiden – und damit für die Bildungsmisere – sind Klaus Wowerit und sein Senat.

Interessanterweise zeigt die Studie auch, dass gegenüber dem Berliner Gesamthaushalt die Bildungsausgaben in Berlin niedriger liegen als in den meisten anderen Bundesländern. Die Prioritäten werden in Berlin also immer noch falsch gesetzt. Doch auch eine einfache Erhöhung der Pro-Kopf-Bildungsausgaben reicht nicht aus, um bildungspolitische Erfolge zu erzielen, wenn das Geld mit der Gießkanne verteilt wird und statt individueller Förderung auf Betreuung für alle gesetzt wird.

Die Voraussetzung zur Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung im Bildungswesen wurden in den vergangenen zehn Jahren vom Senat nicht geschaffen. Erst jetzt, am Ende der Legislaturperiode, nimmt der Senat einige der vielen CDU-Anträge zur Verbesserung der Schulqualität auf und versucht mit seinem Qualitätspaket und der Rücknahme von unsinnigen Reformmaßnahmen und der Verbesserung der Lehrerversorgung die Arbeit der Schulen zu erleichtern.

Familien fördern

Berlin muss nicht nur hip, sondern top sein

Es ist erfreulich, dass junge Menschen nach Berlin kommen und auch hier bleiben, um Familien zu gründen und damit ein erfreulicher Geburtenanstieg zu verzeichnen ist. Doch das haben sie sicherlich nicht getan, weil die Bedingungen für junge Familien so attraktiv sind, sondern weil die Stadt zur Zeit noch „hip“ ist.

Es muss mehr getan werden, um die Rahmenbedingungen zu verbessern. Der rot-rote Senat hat diesen Fragen bisher jedoch nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Denn wenn Wowerit ein wirklicher „Berlin-Versteher“ wäre, dann hätte er gar nicht erst bestimmte Probleme, wie zum Beispiel fehlende Kita-Plätze, den Rückgang von Spielplätzen und zu wenig wohnortnahe Grundschulplätze entstehen lassen. Junge Familien brauchen nachhaltige Lösungen. Dazu gehört auch eine ordentliche Arbeitsmarktpolitik, die mehr Arbeitsplätze bringt. Ändert sich nichts, werden junge Familien mit den Füßen abstimmen, um anderswo ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

In der Vergangenheit kranken die schlecht vorbereiteten Schulreformen immer wieder an der schlechten Umsetzung durch fehlende Lehrkräfte oder Betreuungspersonal. In Folge des massiven Unterrichtsausfalls hat Berlin auch in der aktuellen Untersuchung immer noch eine Schulabrecherquote von 17 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Für ein Gelingen der Schulstrukturreform müssen unbedingt erst die Rahmenbedingungen verbessert werden. Dazu gehören Lehrerfortbildungen, ein pädagogisches Konzept sowie Klarheit über die personelle und sachliche Ausstattung der Schulen. Eine effektive Bildungspolitik und pädagogische Reformen sind kostenneutral nicht zu haben.

Die CDU-Fraktion fordert den Senat auf, die Ergebnisse des Bildungsmonitorings ernst zu nehmen und sich den besonderen Herausforderungen in Berlin zu stellen. Andernfalls ist ein weiteres Zurückfallen hinter die anderen Bundesländer zu befürchten.

Joachim Krüger tritt Verein bei

Stadtrat fördert Integration

Um sich für junge Menschen mit Migrationshintergrund einzusetzen und ihnen bessere Chancen in der Schule und Angebote zu aktiver Freizeitgestaltung zu eröffnen, ist das „Multikulturelle Jugend-Integrationszentrum“ als Verein gegründet worden.

diesem Monat ist die Eröffnung geplant. CDU-Bürgerdiener und Personalstadtrat Joachim Krüger ist seit einigen Wochen Mitglied des Vereins und unterstützt nachhaltig die Aktivitäten des Zentrums. Bei einem Besuch auf der Baustelle konnte er sich vom zügigen Fortgang der Arbeiten überzeugen. „Wenn hier jungen Menschen mit Migrationshintergrund eine Chance zu besserer Integration angeboten wird, derzeit finden die letzten Renovierungsarbeiten statt, noch in

Integration ist keine Einbahnstraße und nicht allein Bringeschuld, wie uns das jetzt auf Wahlplakaten von rechts suggeriert wird. Wir sollten mit offenen Armen aufeinander zugehen und gerade jungen Menschen auch Hilfen anbieten, damit sie sich zum Beispiel mit gutem deutschen Sprachvermögen erfolgreich in unsere Gesellschaft einbringen und in ihr auch behaupten können“, kommentiert der CDU-Stadtrat seinen Entschluss, sich in diesem Projekt zu engagieren.



Stadtrat Joachim Krüger beim Besuch im Multikulturellen Jugend-Integrationszentrum.

Hausnotrufgerät



Ein Hausnotrufgerät bietet die Gewähr, dass im Notfall rettende Hilfe kommt. Foto: Dan Race, Fotolia.com

Der stille Lebensretter

Das Hausnotrufsystem besteht aus zwei Komponenten: einem Basisgerät sowie einem mobilen Handsender, dem sogenannten „Funkfinger“. Der Funkfinger kann wahlweise als Armband, als Halskette oder integriert in eine Uhr getragen werden.

Das Basisgerät wird einfach an die Strom- und die Telefonsteckdose angeschlossen. Der Funkfinger ist über Funk mit dem Basisgerät verbunden. So können Sie jederzeit von jeder Stelle Ihres Zuhauses auf Knopfdruck eine Sprechverbindung mit der Hausnotrufzentrale herstellen. Die moderne Hausnotruftechnik kann in Verbindung mit allen gängigen Telefonanschlüssen wie Analog, Voice over IP oder ISDN eingesetzt werden.

Das Hausnotrufsystem sollte dann eingesetzt werden, wenn

- Sie alleine leben.
- Sie so lange es geht in Ihren eigenen vier Wänden wohnen bleiben möchten und die notwendige Sicherheit haben, dass Sie Hilfe bekommen, wenn mal etwas passieren sollte.

- Sie sich nicht mehr so sicher auf den Beinen fühlen.
- Sie schon einmal in Ihrer Wohnung ausgerutscht oder gestürzt sind.
- Sie unter Asthma, Diabetes mellitus, Epilepsie, Herz-Kreislauf-Beschwerden oder Osteoporose leiden.
- Ihre Angehörigen im Urlaub sind oder weit weg wohnen.
- Sie gerade aus dem Krankenhaus entlassen worden sind und Sie eventuell sofortige Hilfe benötigen.
- Sie nicht mehr so gut sehen können.
- eine Pflegebedürftigkeit eingetreten ist.

Beim Hausnotrufsystem handelt es sich um ein anerkanntes Pflegehilfsmittel gemäß § 40, Absatz 1-3 SGB XI. Für Personen, die im Rahmen der Pflegeversicherung als pflegebedürftig anerkannt

Patientenfürsprecher

Unverzichtbar für alle Betroffenen

Nach dem Landeskrankenhausgesetz wird für jedes Krankenhaus Berlins von der jeweiligen Bezirksverordnetenversammlung für eine Wahlperiode ein/e Patientenfürsprecher/in gewählt.



Eveline Kupke, CDU-Kandidatin für die BVV und Patientenfürsprecherin der Bodelschwingh und DRK Wiegmannklinik

Es ist eine ehrenamtliche Tätigkeit, die leider nicht sehr bekannt ist oder zu selten genutzt wird. Der Patientenfürsprecher stellt das Bindeglied zwischen Patient und Krankenhaus dar. Aushänge in den einzelnen Stationen der Krankenhäuser zeigen den Weg zum Patientenfürsprecher auf. Regelmäßige Sprechstunden und auf Wunsch Besuche am Krankenbett sind selbstverständlich. Der Patientenfürsprecher prüft Beschwerden und Vorschläge der Patienten und vermittelt diese an die Krankenhausleitung mit der Aufforderung, diesen nachzugehen. Egal ob es sich um Unstimmigkeiten mit Ärzten, Pflegepersonal oder der Unterbringung oder die Qualität des Essens handelt: Ansprechpartner ist der Patientenfürsprecher.

Off scheuen sich Patienten, aus Angst danach schlechter behandelt zu werden, eine Beschwerde zu äußern. Diese Sorge ist jedoch unbegründet: Der Patientenfürsprecher behandelt selbstverständlich alle Angaben des Patienten vertraulich. Wird es vom Patienten gewünscht, wohnt er den Gesprächen mit dem Arzt oder der Klinikleitung bei. Die Pa-

tientinnen und Patienten haben in den Krankenhäusern viele Rechte, die es zu wahren gilt. Es gehört zu den Aufgaben des Patientenfürsprechers, die Patientenrechte zu stärken und diese in den allgemeinen Arbeitsablauf des Krankenhauses zu integrieren. In Arbeitskreisen tauschen sich die Patientenfürsprecher aus den einzelnen Berliner Bezirken über ihre Tätigkeit aus. Jährlich hat der Patientenfürsprecher einen Regenschaftsbericht über seine Tätigkeit abzulegen, der dem zuständigen Bezirksamtsmitglied vorgelegt wird. Anschließend erhält auch der zuständige Ausschuss der Bezirksverordnetenversammlung diesen zur Kenntnisnahme. Bei Bedarf wird darüber diskutiert und die Krankenhausleitung gegebenenfalls hinzugezogen.

Die Patientenfürsprecher stehen für jeden mit einem Problem zur Verfügung. Sie setzen sich gerne für die Patienten ein.



Von der Operation bis zum Essen: Im Krankenhaus haben Patienten viele Rechte. Für deren Wahrung setzen sich die Patientenfürsprecher der Einrichtungen ein. Foto: ccvision

Unser kostenfreies Angebot an Sie:

- Orientierungskurs bei der Entscheidung eine Pflege zu übernehmen
- Darstellung des Krankheitsbildes und Umgang mit Demenzerkrankten, Validationseinführung
- Darstellung des Krankheitsbildes und Umgang mit Multiple Sklerose
- Darstellung des Krankheitsbildes und Umgang mit Parkinson Erkrankten
- Darstellung des Krankheitsbildes und Umgang mit Schlaganfall Erkrankten
- Sterbebegleitung
- Pflegeberatung in der Häuslichkeit
- Pflegekurs mit einem allgemeinen Einblick in die Pflegesituation, im Rahmen von 15 Doppelstunden
- Rückenschulung unter dem Aspekt, Heben, Tragen und Lagern in der Pflegesituation

PREMIO
Pflege Ressourcen Management Information

Christine Schmidt
Großbeerenstr. 15
10963 Berlin
Tel. (030) 693 21 64
Mobil (0171) 19 19 811
im Internet: www.premioberlin.de

Die Kurstermine und Veranstaltungsorte erfragen Sie bitte bei PREMIO

Tanzschule BROADWAY Freizeit in Stereo.

Wöchentlich mehr als 200 Stunden Freizeit, Fitness & Fun

Am besten, Sie buchen noch heute!
Gesellschaftstanz für alle Alters- und Leistungsklassen

- Hochzeits- und Crashkurse
- Discobox
- Salsa/Merengue/Bachata
- Rock'n'Roll/Swing
- Flamenco
- Bauchtanz
- Ballett/Gymnastik/Aerobic
- Videoclip-Dancing/ Hip Hop
- Discodance
- Tango Argentino
- Jazz-/Musical-Dance
- Kindertanz
- Seniorentanz
- Das Tanzschuljahr

Jeden Monat neue Grundkurse - Gemütliche Gastronomie - Raumvermietung - Veranstaltungen

Askaniering 155 - 13585 Berlin - www.tanzschule-broadway.de
info@tanzschule-broadway.de - Telefon 030/375 20 20 - Telefax 030/375 95 803

Mehr erfahren: www.cdu-charlottenburg-wilmersdorf.de

Kürzere Wege für Bürger in Charlottenburg-Nord

Warum brauchen wir ein Bürgeramt?

1. Die Bürgerämter sollen gleichmäßig über die Bezirksfläche verteilt sein: so entschied der Senat vor etwa 15 Jahren.
2. Die Bürgerämter sollen die Angebote an die Bürgerinnen und Bürger heranbringen und längere Wege unnötig machen.
3. Die Bürgerämter sollen die Chance bieten, Anlaufstelle für alle Bürgerbelange von neuen Personalausweis bis zum Wohngeldantrag zu sein.
4. In den Bürgerämtern sollen die Bürgerinnen und Bürger Beratungsangebote für alle wichtigen sie interessierenden und betreffenden Fragen kostenlos erhalten.
5. Die Bürgerämter sollen für die Bürger zuverlässig und barrierefrei erreichbar sein.

6. Die Bürgerämter sollen in ihrem unmittelbaren Umfeld weitere Angebote des Bezirks konzentrieren: zum Beispiel eine Stadtteilbibliothek, ein Jugendzentrum, soziale Angebote und einen Bürgertreffpunkt.
Die CDU Charlottenburg-Nord ist der Auffassung, dass ein solches Zentrum in Charlottenburg-Nord an den Halernweg gehört, um die nördlich des Jakob-Kaiser-Platzes wohnenden Bürgerinnen und Bürger dicht an die Bezirksverwaltung anzubinden.
Als Ihr CDU-Kandidat im Wahlkreis 1 Charlottenburg-Nord für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September unterstütze ich mit Nachdruck das Bauvorhaben von CDU-Stadtrat Gröhler, damit dieses

Zentrum noch im Herbst 2011 in der um- und ausgebauten Jugendfreizeitstätte am Halernweg eröffnet werden kann. Immerhin hatte ich es in meiner Amtszeit als Bürgerdienste-Stadtrat schon über Jahre möglich gemacht, dass Bürgeramtsarbeit in der Stadtteilbibliothek in der Anna-Freud-Schule angeboten werden konnte, bis es nach dem Wasser einbruch am Jahreswechsel 2010/11 zu einer vorübergehenden Schließung kommen musste. Auch hier steht die CDU im Bezirk für Bürgerangebote vor Ort, die sich in ihrer Qualität bewährt haben und zukünftig auch weitergeführt werden sollen!

Ihr Joachim Krüger, Stadtrat für Bürgerdienste und Personal

CDU-Direktkandidat für den Wahlkreis I (Charlottenburg-Nord):

Joachim Krüger

Bürgerbüro Joachim Krüger
c/o CDU-Kreisverband
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin



Unterwegs in der Ringsiedlung

Im Gespräch mit Geschäftsleuten

In der Ringsiedlung in Charlottenburg-Nord waren der dortige CDU-Wahlkreiskandidat für das Abgeordnetenhaus, Joachim Krüger, und die Kandidatin für die Bezirksverordnetenversammlung, Judith Stückler, unterwegs, um sich bei Geschäftsleuten vorzustellen und für die Positionen der CDU zu werben. Bei den interessanten Gesprächen stand die aktuelle Geschäftssituation ebenso im Mittelpunkt wie der Wunsch

nach gegliederten und qualitätsvollen Schulangeboten für die eigenen Kinder und die Grünpflege sowie die Sicherheit auf den Straßen, die für die Kundinnen und Kunden besonders in der dunkleren Jahreszeit besonders wichtig sei.

Positiv fiel das Urteil über die gelungene Integration in die deutsche Gesellschaft aus, in die man auch die eigenen kulturellen Erfahrungen mit einbringen konnte.



Zu Besuch in der Bäckerei der Familie Okutucu, Goebelstraße 113 (v.l.n.r.: Herr Okutucu, Judith Stückler, Joachim Krüger und Frau Okutucu).

Aktion „Kinder in Luft und Sonne“

Abschlussfeier mit Blick auf 2012

Mit einem Abschlussfest in der Jungfernhede ging am 11. August die diesjährige Aktion „Kinder in Luft und Sonne“ zu Ende.

Gemeinsam feierten die beteiligten Kinder mit ihren Betreuerinnen und Betreuern, ihren Eltern und viel politischer Prominenz. Zuvor hatte die Kinder spannende Wochen beim Erkunden der Natur, beim Herumtollen, aber auch bei gemeinsamen Spielen verbracht. Viele Kinder konnten so sinnvoll und erlebnisreich ihre Ferien verbringen, statt zu Hause oder auf der Straße „rumzuhängen“. Dass diese Maßnahme auch in den nächsten Jahren vom Bezirk finanziert wird, diesen Wunsch brachten die Kinder und ihre Eltern deutlich zum Ausdruck. Die anwesenden Politikerinnen und Politiker waren vorab



Gemeinsam ließ man die Aktion für dieses Jahr ausklingen.

um eine schriftliche Einschätzung gebeten worden. Ihre Stellungnahmen wurden mit Bild auf Stelltafeln veröffentlicht. So schrieb der Bürgerdienste- und Personalstadtrat Joachim Krüger, zugleich Direktkandidat der CDU im Wahlkreis Charlottenburg-Nord, unter der Überschrift „Kinder in Luft und Sonne – weiter so!“:

„Großstadtkinder brauchen Licht, Luft und Sonne, besonders natürlich in den Sommerferien. Die Natur entdecken, mit Gleichaltrigen draußen herumtollen bei Wind und Wetter macht nicht nur Spaß und ermöglicht neue Erfahrungen, sondern dient auch der eigenen Gesundheit. Deshalb setzte ich mich als CDU-Politiker für die finanzielle Absicherung und damit den Fortbestand dieses Angebots für unsere Kinder ein. Mein Dank geht an alle Betreuerinnen und Betreuer für ihren Einsatz!“

Auch die CDU-Bezirksverordneten kandidaten Judith Stückler, Eveline Kupke und Helmut Süß hatten eine positive Stellungnahme zu dieser Aktion abgegeben.

Viel Neues für alle Bücherfreunde

Gelbe Minibibliothek

Seit Juni steht sie auf dem Mierendorffplatz: Eine gelbe Telefonzelle, umgestaltet zu einer Minibibliothek.

Jeder Interessierte kann kommen, ein oder mehrere Bücher kostenlos mitnehmen, zugleich aber auch Bücher aus seinem eigenen Bestand hier einstellen. Von der einstigen Telefonzelle blieb nur die äußere Form und die gelbe Signalfarbe: Azubis unterschiedlichster Gewerke haben sie umgestaltet und büchertauglich gemacht. Beleuchtung spendet eine Solaranlage, eine Bank neben der Zelle lädt zur Kurzlektüre ein. Die Idee geht auf Konrad Kutt zurück, der alle notwendigen Mitstreiter an einen Tisch holte, das Projekt vorantrieb und für die Aufstellung einer ersten Telefonzelle dieser Art am Rüdeshheimer Platz sorgte. Auch zwei Auszubildende aus dem Rathaus nahmen an dieser Arbeit teil, indem sie die Voraussetzungen für die Aufstellung der Bücherzelle auf Straßenebene erkundeten.

Gepflegt von engagierten Bürgerinnen und Bürgern im Kiez entwickelt sie sich zu einer gut angenommenen Einrichtung. Es liegt an uns allen, ob dieses Projekt dauerhaft erfolgreich sein



Joachim Krüger vor der Bücher-Telefonzelle.

wird. Schauen Sie demnächst mal vorbei, aber auch öfter hin, damit diese Arbeit junger Menschen gut erhalten bleibt!

Gute Bücher für kleine Spenden

Viele Bürgerinnen und Bürger spenden gern die von ihnen gelesenen Bücher an unsere Stadtteilbibliotheken. Die meisten davon sind gut erhalten. Da die Kapazitäten der Bibliotheken es nicht erlauben, alle diese Exemplare in den Bestand aufzunehmen, sollen sie gegen eine kleine Spende an interessierte Leserinnen und Leser weitergeleitet werden. Da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter andere Aufgaben zur Genüge haben, hat sich der Freundeskreis der Charlottenburg-Wilmersdorfer Stadtteilbibliotheken bereitgefunden, diese Aufgabe regelmäßig zu übernehmen. So stand nun schon zum zweiten Mal die CDU-Bezirksverordnete und stellv. Vereinsvorsitzende, Marion Halten-Bartels, in der Heinrich-Schulz-Bibliothek bereit, um den Bürgerinnen und Bürgern sachkundig bei ihrer Buchauswahl zu helfen und die Spendenbeträge entgegenzunehmen. Viele Bücherfreunde waren begeistert über die Qualität und Modernität der Bücher. Der Spendenbetrag von 492 Euro wird ausschließlich zu Medienneuanschaffungen der Bibliotheken im Bezirk verwendet. Angesichts des großen Erfolges sucht der Freundeskreis weitere aktive Mitstreiter im Ehrenamt.

kurz & knapp

Kein Möbelhaus auf Bahnhofsgelände

Nach Aussage des CDU-Baustadtrats Klaus-Dieter Gröhler und des Westender Wahlkreisabgeordneten Andreas Statzkowski ist nicht mit dem Bau eines Möbelhauses auf dem Gelände des Güterbahnhofs zu rechnen. Laut Gröhler fehlen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zum Bau des großflächigen Einzelhandels. Andreas Statzkowski hatte eine parlamentarische Anfrage zum Thema gestellt, bei der die Senatsverwaltung sich den kritischen Argumenten des Abgeordneten anschloss. Vorher hatten Siedlerverein und CDU Westend eine öffentliche Veranstaltung mit rund 150 Anwohnern und Anwohnerinnen durchgeführt.

Lärmschutz für Eichkamp und Grunewald

Die Wahlkreisandidaten von Grunewald-Halensee und von Westend, Claudio Juge und Andreas Statzkowski, setzen sich für mehr Lärmschutz an der AVUS ein. Da jetzt umfangreiche Baumaßnahmen auf der AVUS stattfinden und auch in Nikolassee zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen gefordert werden, scheint der Zeitpunkt günstig. Der Auftrag von Flüsterasphalt und eine Verlängerung des Lärmschutzwalls würden erhebliche Vorteile für die Anwohner zur Folge haben. Andreas Statzkowski hat deshalb eine parlamentarische Anfrage ins Parlament eingebracht. Leider hat der Wowerreit-Senat bisher keine Bereitschaft erkennen lassen, den Wünschen der Anwohner und ihrer Initiativen zu folgen.



Im Rahmen der Sanierung an der AVUS könnten die geforderten Lärmschutzwände mitgebaut werden. Foto: Hahn

Runder Tisch zur Reichsstraße

Auf Einladung der IG Reichsstraße unter Leitung von Ursula Kießling (Buchladen Divan) beteiligten sich Baustadtrat Klaus-Dieter Gröhler, der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion in der BVV, Stefan Evers, und der Wahlkreisabgeordnete Andreas Statzkowski am Runden Tisch zum Thema „Verkehr in der Reichsstraße“. Auf Vorschlag von Gröhler gibt es eine Runde mit den betroffenen öffentlichen Institutionen, auf Vorschlag von Stefan Evers soll eine Verkehrszählung vorgenommen werden, und Andreas Statzkowski wird eine parlamentarische Anfrage zum Thema stellen.

Hermann Gröhe zu Besuch in Westend

Der Generalsekretär der CDU Deutschlands besuchte am 13. August Charlottenburg-Wilmersdorf, um die CDU vor Ort zu unterstützen. Zunächst gab es ein gemeinsames Frühstück mit Selbstständigen und Gewerbetreibenden aus dem Bezirk, bevor er dem Buchladen „Der Divan“ einen Besuch abstattete und sich mit Ursula Kießling über die Probleme in der Reichsstraße unterhielt und anschließend mit dem Westender Wahlkreisabgeordneten Andreas Statzkowski die Informationsstände am Theodor-Heuss-Platz besuchte und sich dort mit den zahlreich anwesenden Bürgern und Mitgliedern über diverse politische Probleme austauschte.

Olympiapark: Riesige Aufgaben, die niemand angepackt

Ein Kleinod verkommt

Der Olympiapark ist das vielleicht schönste Sportareal Deutschlands. Aber im Gegensatz zum Olympiastadion, das inzwischen saniert wurde, sind die Aufgaben im Olympiapark riesig.



Der Olympiapark gibt ein trauriges Bild ab. Foto: David Tijero Osorio, Fotolia.com

Aus diesem Grund hat der sportpolitische Sprecher der CDU-Fraktion und Westender Wahlkreisabgeordnete Andreas Statzkowski eine Vielzahl von Anträgen ins Abgeordnetenhaus eingebracht. Ein Antrag zur Einleitung konkreter Maßnahmen, um den Olympiapark auf der Basis der vorhandenen Planung vorzubringen, fand eine Mehrheit. Der Senat veranschlagte in zwei Jahren, um wenigstens erste Schritte zu unternehmen und jetzige Lkw-Garagen wieder zu Sporthallen zurückzubauen. In beiden Fällen wurden die Mittel zweckentfremdet verwendet.

Die Tribünen des Maifeldes sind marode, die Schließung des Schwimmstadions droht fürs nächste Jahr, das ehemalige Familienbad verkommt und ist seit 1994 (!) geschlossen, die Fläche

der ehemaligen Öltanks wird nicht saniert, das Reiterstadion weist erhebliche bauliche Mängel auf, das Sportmuseum wartet weiter auf zusätzliche Ausstellungsräume, internationale Sportorganisationen konnten bisher nicht nach Berlin aufs Olympiagelände geholt werden, ganze Häusertrakte befinden sich in einer Art Rohbau, die Poelchau-Sportschule kann

nicht wie gefordert auf das Olympiagelände ziehen ...

Dafür finanziert der Senat die überflüssige Verlagerung des Eingangsbereichs zum Olympiapark am Glockenturm und investiert auf der Fläche des Sportforums Hohenschönhausen trotz erheblicher Investitionen des Bundes noch einmal eine höhere zweistellige Millionensumme.

Andreas Statzkowski fordert Erhalt der Deutschlandhalle

Plant der Senat den Abriss der Halle?

Wie viele Berliner haben nicht in der Deutschlandhalle viele wunderbare Abende verlebt? Wer kennt als Berliner nicht die tollen Geschichten über den Berliner Sportpalast und das andauernde Bedauern über seinen Abriss vor vielen Jahrzehnten?

Jetzt droht in Berlin ein zweiter „Sportpalast“, da die SPD als „Bauernopfer“ für den wahrscheinlichen Erhalt des ICC dem Abriss der Deutschlandhalle zugestimmt hat. Schon 2006 versuchte Wirtschaftssenator Harald Wolf mit Hilfe eines Gutachtens, das zuständige Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von der Baufälligkeit der Deutschlandhalle zu überzeugen. Vergeblich! Ein Gegengutachten eines anerkannten Statikers bescheinigte der Deutschlandhalle, dass nur geringe Baumaßnahmen zum Erhalt der Halle notwendig wären.

Für die Linke sind die Deutschlandhalle und das ICC ein Symbol des Westteils der Stadt, das

es zu beseitigen gilt. Für die Messe Berlin ist die Deutschlandhalle ein ungeliebter „Klotz am Bein“, der wenig mit dem Messegeschäft zu tun hat. Allerdings wurde durch eine Kleine Anfrage des Westender Wahlkreisabgeordneten Andreas Statzkowski (CDU) offenbar, dass die Messe Berlin über Jahre keine Vermarktung der Deutschlandhalle unternommen hat und die Halle deshalb viele Monate ungenutzt war. „Wer sich nicht um Einnahmen für die Deutschlandhalle kümmert, hat kein Recht, sich über die angeblich hohen Kosten von 1,5 Millionen Euro pro Jahr zu beschweren“, so Andreas Statzkowski zur Westender Rundschau. Ein Antrag dazu wurde ins Parlament eingebracht, aber von Rot-Rot abgelehnt.

Im Winterhalbjahr wurde die Halle rund um die Uhr für den Berliner Eissport genutzt. Aus rein ideologischen Gründen schloss man die Deutschlandhalle, baute eine teure und nur zeit-

weise nutzbare Ersatzfläche im Flughafen Tempelhof. Für die Saison 2011/12 heißt es zunächst mal wieder zusammenrücken bei den Berliner Eissportvereinen, da auch die Ersatzflächen nicht mehr zur Verfügung stehen.

In Berlin gibt es nicht nur ein Problem mit den Schwimmhallen, sondern auch ein erhebliches Problem mit den Eissportanlagen. Nach Angaben des Senats fehlen fünf Eissportflächen – mit Folgen insbesondere für den Breiten- und Jugendsport in der Stadt. Andreas Statzkowski fordert deshalb für die CDU-Fraktion den Erhalt der Deutschlandhalle, die nötigen baulichen Unterhaltungsmaßnahmen und eine nachhaltige Vermarktung der Halle. Auf Facebook kann sich inzwischen jeder für deren Erhalt einsetzen. Aus Angst vor der eigenen Bevölkerung hat der Senat inzwischen einen riesigen Bauzaun um das Gebäude aufstellen lassen. Natürlich auf Kosten der Steuerzahlers.

CDU-Direktkandidat für den Wahlkreis II (Westend):

Andreas Statzkowski

Bürgerbüro Andreas Statzkowski
c/o CDU-Kreisverband
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin



Treffen Sie Andreas Statzkowski!

Jeweils mittwochs um 20 Uhr im Chinesischen Restaurant an der Olympischen Brücke

Sie wollen sich weiter informieren?

www.andreas-statzkowski.de
www.wir-kuemmern-uns.de
www.cdu-westend.de
www.city-cdu.de

Anregungen, Kritik und persönlicher Kontakt unter
☎ (030) 341 35 34 • E-Mail: statzkowski@cdu-fraktion.berlin.de

Geschäftsstraßen des Bezirks stärken

Potenziale nutzen und Leerstand verhindern

Ergänzend zum Kurfürstendamm und der Taentzienstraße mit ihrem vielfach touristisch geprägten Flair, besitzt Charlottenburg darüber hinaus zahlreiche Geschäftsstraßen.

Mit der Wilmersdorfer Straße haben wir zum Beispiel ein immenses Potenzial für verschiedene Dienstleistungsbereiche und Handel. Die bauliche Umgestaltung unter der Führung von CDU-Baustadtrat Klaus-Dieter Gröhler hat in den letzten Jahren zu einer deutlichen Aufwertung der Fuß-

gängerzone geführt. Bedauerlicherweise ist ein ähnliches Engagement durch den SPD-Wirtschaftsstadtrat nicht festzustellen. Gerade im Bereich zwischen der Bismarckstraße und der Otto-Suhr-Allee lässt die Wilmersdorfer Straße noch sehr zu wünschen übrig. Hier gab es bereits vielfältige Ansätze, so zum Beispiel durch eine Studie von Studierenden der Beuth-Hochschule für Technik Berlin, die dem SPD-Stadtrat wertvolle Anregungen gaben. Umgesetzt wurde von diesen Plänen jedoch nichts.

Vanessa Versteegen: „Als Kandidatin fürs Abgeordnetenhaus werde ich mich dafür einsetzen, dass sich hier endlich etwas ändert. Die Geschäftsstraßen sind für mich das Gesicht des bezirklichen Handels und des Gewerbes. Darum will ich mich dafür einsetzen, dass den negativen Entwicklungen – wie wir sie ja nicht nur im nördlichen Teil der Wilmersdorfer Straße beobachten, sondern zum Beispiel auch in der Kantstraße – entgegenge wirkt und weiterer Ladenleerstand vermieden wird.“



Vorne hui, hinten pfui: Während die Fußgängerzone floriert, lässt die Qualität der Wilmersdorfer Straße zwischen Bismarckstraße und Otto-Suhr-Allee zu wünschen übrig. Foto: Hahn

VANESSA VERSTEGEN



FÜR CHARLOTTENBURG IN DAS ABGEORDNETENHAUS

GERADE. RICHTIG.

FÜR BERLIN.

CDU

Erhalt der Kieze

Mieten müssen bezahlbar bleiben!

Zentral für den Erhalt unserer Kieze sind auf Dauer bezahlbare Mieten. Nur so kann die seit Jahrzehnten gewachsene Mischung im Bezirk erhalten bleiben.

Der effektivste Weg, Mietsteigerungen zu vermeiden, ist, wenn der Senat in seiner Eigenschaft als größter Vermieter Berlins seine landeseigenen Wohnungsbau-Gesellschaften endlich dazu

anhalten würde, bei Neuvermietungen die Mietschraube nicht immer deutlich anzuziehen. So würde sich dann auch der Mietspiegel nicht immer weiter nach oben entwickeln können. Das wiederum hätte dann auch Auswirkungen auf die privaten Vermieter.

Der größte Preistreiber bei der Mietentwicklung ist leider der rot-rote Senat selbst! Hier hat die seit

zehn Jahren regierende SPD jämmerlich versagt. Darüber hinaus ist es geradezu zynisch, wenn die seit fünf Jahren mitregierenden Kommunisten sich nun im Wahlkampf hinstellen und „Wild-West bei Mieten eindämmen“ fordern. Hier tut eine Regierungspartei so, als wenn sie fünf Jahre in der Opposition gewesen ist. Was hat Rot-Rot eigentlich all die Jahre gemacht?

Desolate Haushaltslage trifft die Jüngsten

Spielgeräte mangels Geldes abgebaut

Das finanzielle Ausbluten der Bezirke durch den rot-roten Senat zeigt nunmehr auch bei den Spielplätzen seine Wirkung.

Nachdem dem Bezirk immer weniger Geld für den Unterhalt der Grünflächen, Sport- und Spielplätzen zur Verfügung steht, kam es nun zu den ersten Verlusten von Spielgeräten auf Spielplätzen. Vor dieser katastrophalen fi-

nanziellen Lage hatte auch die BVV-Fraktion der CDU bereits mehrfach gewarnt. Doch die rot-grüne Mehrheit im Bezirk ebenso wie der rot-rote Senat auf Landesebene zeigten sich hier völlig uneinsichtig. So wurden nunmehr auf den Spielplätzen am Lietzensee und im Schusterpark Spielgeräte abgebaut, da kein Geld mehr zur Verfügung stand, diese reparieren zu lassen.

Hierzu die CDU-Wahlkreiskandidatin für das Berliner Abgeordnetenhaus, Vanessa Versteegen: „Wie hier mit unseren Jüngsten umgegangen wird, finde ich eine bodenlose Frechheit. Das Land Berlin muss den Bezirken wieder mehr Geld zur Verfügung stellen, damit diese ihre ureigensten Aufgaben auch im Sinne der Bürger erfüllen können. Hierfür setze ich mich ein.“

KidsKiezTreff Sophie-Charlotten-Straße

Tolles Engagement

Der KidsKiezTreff in der Sophie-Charlotten-Straße ist längst ein fester Anlaufpunkt für Kinder aus dem Kiez rund um den Klausenerplatz geworden.

Hier wird ihnen die Möglichkeit geboten, mittags eine warme Mahlzeit zu sich zu nehmen, Hausaufgaben zu machen, Freunde zu treffen und zu spielen. Möglich gemacht haben dies

die CDU-Bezirksverordnete Gesina Gisa und ihr Team vom KidsKiezTreff durch ihr unermüdliches Engagement. Hierzu die Wahlkreiskandidatin Vanessa Versteegen (CDU): „Gerade in Zeiten, in denen der Bezirk aufgrund knapper Kassen seinen Einsatz für die Kinder immer mehr zurückerfährt, ist ein derartiges bürgerschaftliches Engagement mehr als bewundernswert.“

Anschluss ans Fernverkehrsnetz nutzt Berlin und dem Bezirk



Bilder aus vergangenen Zeiten, als man vom Bahnhof Zoo nicht nur nach Werder und Eisenhüttenstadt fahren konnte, sondern nach Köln, nach Stuttgart und darüber hinaus. Fotos: FW

Bahnhof Zoo muss wieder ans Netz!

Nachdem die Deutsche Bahn AG den Bahnhof Zoologischer Garten mitten in der City vom Fernbahnnetz abgehängt und auf einem Abstellgleis geparkt hat, ist im Herzen des ehemaligen West-Berlins eine ganze Menge passiert.

Wer in die City schaut, wird feststellen, dass das Schmutzdelimago, so wie es die Deutsche Bahn AG bei Schließung der Station Bahnhof Zoo für den Fernreiseverkehr als Begründung abgab, nicht mehr existiert. An allen Ecken und Enden wird gebaut, gewerkelt und restauriert.

Nach wie vor pulsiert hier das Geschäftsleben, obwohl die Abkopplung damals einigen Geschäften die Existenz gekostet hat. Nichts desto weniger fordert die CDU nach wie

vor vehement ein Einlenken der Deutschen Bahn in Sachen Wiederanschluss des Bahnhofs an den Fernverkehr. Reisende nach Berlin, die Hotels in der westlichen Innenstadt gebucht haben, würden sich wünschen, zentral am Bahnhof Zoo auszusteigen, statt am Hauptbahnhof. Dort angekommen, müssen Sie dann mit ihrem Gepäck den mühsamen Weg durch das Gleislabirinth suchen, um den entsprechenden S-Bahnzug nach Charlottenburg zu erwischen.

Enttäuschend allerdings, bei der Forderung nach einer Wiederanbindung des Bahnhofs Zoo, ist das Engagement des Regierenden Bürgermeisters von

Berlin, Klaus Wowereit (SPD). Als Ministerpräsident hätte er sich mehr für die Belange der Bürgerinnen und Bürger einsetzen müssen. Gleiches gilt im Übrigen auch beim Thema Flughafen Tempelhof. Andere Regierungschefs, zum Beispiel Hamburgs damaliger 1. Bürgermeister Ole von Beust (CDU) waren da weit aus erfolgreicher.

Unsere Forderung bleibt bestehen, der Bahnhof Zoo muss zwingend wieder an das Fernverkehrsnetz angebunden werden. Zum Nutzen der Stadt Berlin und der Bürgerinnen und Bürger von Charlottenburg-Wilmersdorf.

CDU-Direktkandidat für den Wahlkreis IV (City-Kurfürstendamm):

Carsten Engelmann

Bürgerbüro Carsten Engelmann
c/o CDU-Kreisverband
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin



Interview mit dem CDU-Direktkandidaten für den Wahlkreis V

Claudio Jupe – Optimal für Grunewald-Halensee

? Herr Jupe, Sie kandidieren bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin für die CDU?

Claudio Jupe: Richtig, meine Partei hat mich gewählt und als Kandidat für den Wahlkreis 5 Grunewald-Halensee aufgestellt.

? Das heißt, Sie sind der CDU-Direktkandidat für den Wahlkreis Grunewald-Halensee?

Claudio Jupe: So ist es. Auf dem Stimmzettel zur Berliner Wahl am 18. September 2011 steht: Claudio Jupe (CDU) für die Wähler-

Erststimme, mit welcher sich der Wähler für einen der von den verschiedenen Parteien zur Wahl aufgestellten Kandidaten entscheidet. Die Zweitstimme gibt der Wähler für die von ihm bevorzugte Partei insgesamt ab. Mit der Drittstimme beeinflusst der Wähler durch seine persönliche Wahl den Stimmanteil in seinem Wahlkreis.

? Glauben Sie, dass Sie es schaffen können, die Mehrheit zu erreichen?

Claudio Jupe: Ja, davon bin ich überzeugt. Zu den Berliner Wahlen vor fünf Jahren lag der Ge-

genkandidat der SPD, Klaus Wowereit, mit lediglich 341 Stimmen vorne. Bei unserem tagtäglichem Einsatz zeigt sich, dass wir aufholen. Wer nach zehn Jahren Rot-Rot einen demokratischen Wechsel will, wählt Claudio Jupe mit der CDU!

? Bisher haben Sie noch nicht für das Abgeordnetenhaus kandidiert. Deshalb fragen wir, was Sie aus Ihrer Sicht hierfür besonders qualifiziert?

Claudio Jupe: Zwölf Jahre lang bin ich nun bereits in der Führung der CDU-Fraktion der BVV Wilmersdorf tätig. Ich habe eine abgeschlossene Berufsausbildung, verfüge über Selbständigkeit und Unabhängigkeit in 30 Berufsjahren, bin Familienvater, bin ehrenamtlich unter anderem im Kulturbereich und an der FU engagiert.

? Ihr Landesvorsitzender und Berliner Spitzenkandidat, Frank Henkel, lässt sich gerne als „Kümmerer“ bezeichnen?

Claudio Jupe: Frank Henkel ist ein Kümmerer! Lesen Sie die von ihm und den Berliner Bürgern erarbeiteten „100 Probleme und 100 Lösungen für Berlin“.

? Worum, Herr Jupe, kümmern Sie sich im Detail?

Claudio Jupe: Bei meinen täglichen Rundgängen und Aktionen im Wahlkreis Grunewald-Halensee werde ich häufig auf die mangelnde Pflege des öffentlichen Grüns angesprochen. Diesem Mangel entgegenzutreten, wird mir ein wichtiges Anliegen für Grunewald-Halensee sein. Ein weiteres Anliegen ist die Sicherheit der Stadt. Unser schöner und gediegener Stadtteil Grunewald mit seiner besonderen Wohnqualität und Tradition und der Ortsteil Halensee mit dem oberen Kurfürsten-



damm und dem angrenzenden „Kiez“ müssen intakt bleiben.

Die Sicherheit der Bürger muss gewährleistet sein gegen soziale Verwahrlosung, gegen Gewalt, Randale, Hass oder andere Anschläge blinder Zerstörungswut – wie sie leider auch im übrigen Stadtgebiet zunehmen.

? Haben Sie Vorbilder, auf die Sie sich berufen?

Claudio Jupe: Der frühere CDU-Abgeordnete für Halensee, Wruck, betonte immer besonders die guten preußischen Tugenden. Auch ich will mich um diese preußischen Tugenden bemühen mit meinem Bekenntnis zur christlich demokratischen und humanistisch-europäischen Kultur – dem gilt mein Grundanliegen. Auch der stadtentwicklungspolitische Ansatz Volker Hassemers, des späteren Senators für Stadtentwicklung und

Umweltschutz und früheren Abgeordneten für Grunewald, hat für mich Vorbildcharakter. Die Analyse gewachsener Strukturen der Stadt und das Bemühen um erforderliche nachhaltige Veränderungen auf dieser Grundlage (siehe Hassemer: „Berlin – wo zu?“) sind mir wichtig.

Wir danken Ihnen und wünschen viel Erfolg bei der Wahl!



Claudio Jupe mit Tochter Maleen und Sohn Antonio.



Claudio Jupe, Bewerber für den Wahlkreis V.

CDU-Direktkandidat für den Wahlkreis V (Grunewald-Halensee):

Claudio Jupe



Bürgerbüro Claudio Jupe
c/o CDU-Kreisverband
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin

Für meinen Wahlkreis Grunewald/Halensee fordere ich mit meiner Partei im Interesse der Anwohner konkret:

• **Feuerwache Bismarckallee:** Abbau oder Reduzierung der Feuerwache werden abgelehnt. Der Personalstock muss erhalten bleiben. Die Feuerwache ist zum Schutz und zur Sicherheit unserer Bürger zu erhalten!

• **Polizeiabschnitt 25:** Gegen die Schließung wird Protest eingelegt! Die CDU-Fraktion der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf hat zur Erhaltung der Polizeiwache 25 einen Antrag eingebracht, der von mir ausdrücklich unterstützt wird.

• **Bebauung ehemaliger Güterbahnhof Grunewald:** Bei unbedingter Wertschätzung der Ansiedlung von Wirtschaftsbetrieben bei uns muss im Grunewalder Bereich vorab geprüft

und entschieden werden, ob die jeweilige Bebauung städtebaulich vertretbar ist und die nötige Verkehrserschließung in angemessener Weise damit einhergeht. Derzeit liegen die rechtlichen Voraussetzungen für die bisher bekannt gewordene Möbelhausbebauung nicht vor (Flächennutzungsplan).

• **Avus-Sanierung:** Es ist notwendig, dass die Avus in den dafür vorgesehenen Bereichen grunderneuert wird. Das muss aber möglichst bürgerverträglich geschehen, weshalb von mir und meiner Partei für die Anwohner/Anlieger eine Lärmschutzsanierung durch lärmindernden Fahrbahnbelag (Stichwort: „Flüsterasphalt“) zur Reduzierung des Verkehrslärms gefordert wird.

Gerhart-Hauptmann-Anlage



Umstrittene Pläne endlich vom Tisch

Das Bezirksamt hat die Planungen zur Bebauung der Gerhart-Hauptmann-Anlage gestoppt. Es folgt damit einer Initiative der CDU-Fraktion, die aus Gründen der Rechtssicherheit und zum Schutz des Spielbetriebs der Berliner Festspiele den Ausstieg aus dem Verfahren gefordert hatte.

Kurz vor dem 60jährigen Jubiläum der Festspiele am 27. August können Theaterfreunde und Anwohner aufatmen. Der zuständige CDU-Ortsvorsitzende und Wilmersdorfer Kandidat für das Abgeordnetenhaus, Stefan Evers, zeigte sich über die Entscheidung des Bezirks erleichtert: „Die zuletzt vorgesehene Bebauung hätte am Ende nur Verlierer hervorgebracht. Abgesehen davon war sie schon rechtlich fragwürdig. Ich bin froh, dass wir den Theaterbetrieb sichern konnten. Das hatte oberste Priorität.“ Die Spiel- und Bolzplätze am Park werden nun in direkter Nachbarschaft zur örtlichen Kita verbleiben. Die vom Bezirk zurückgestellten Mittel zur Umgestaltung der Gerhart-Hauptmann-Anlage



Die Nutzer der Parkanlage können sich freuen. Die Pläne, das Areal zu bebauen, sind gestoppt worden. Fotos: FW

können ebenfalls endlich eingesetzt werden. Evers dankte den in einer Bürgerinitiative engagierten Anwohnerinnen und Anwohnern für ihren jahrelangen Einsatz für die Grünanlage und versprach, bei der Aufwertung des Parks werde man nicht über ihre Köpfe hinweg entscheiden.

Bundesplatz

Verschönerung der Grünanlage kann beginnen

Als ein Musterbeispiel für das gelungene Zusammenwirken von Verwaltung und engagierten Anwohnern bezeichnete der Wilmersdorfer CDU-Vorsitzende Stefan Evers die Vereinbarungen zwischen Baustadtrat Klaus-Dieter Gröhler (CDU) und der Initiative Bundesplatz zur Umgestaltung der Grünanlage auf dem Bundesplatz. Die Ideen dafür sind in einer Arbeitsgruppe der Initiative mit fachlicher Unterstützung einer Landschaftsarchitektin erarbeitet worden. Unter anderem soll ein Teil der unschönen Mauern abgerissen werden. Außerdem sollen Hochbeete neu angelegt sowie neu bepflanzt und einzelne Bäume im Bestand beschnitten werden.

„Ohne den bewundernswerten Einsatz der Initiative hätte es so schnell keine Verbesserung der Situation in der teils sehr heruntergekommenen Grünanlage am Bundesplatz gegeben. Das Beispiel zeigt: Wo sich Bürger und Politik auf Augenhöhe begegnen und gemeinsame Verabredungen treffen, profitieren beide davon“, so Stefan Evers im Anschluss an die Gespräche zwischen der Bürgerinitiative und dem Charlottenburg-Wilmersdorfer Baustadtrat. Eine ähnliche Verabredung erhofft er sich nun beispielsweise auch für die Umgestaltung der Gerhart-Hauptmann-Anlage.

Ein wichtiges Thema bleibt für ihn die Zugänglichkeit des Bundesplatzes aus den anliegenden Straßen heraus. So will er sich bei der Verkehrslenkung Berlin dafür einsetzen, die Geschwindigkeit an den Seiten des Platzes auf 30 km/h zu begrenzen, die Leitplanken zu entfernen und Querungsmöglichkeiten zu prüfen. „Der Verkehr fließt an dieser Stelle ohnehin recht langsam. Meines Erachtens wäre ein solcher Eingriff zur Aufwertung des Platzes allemal zu rechtfertigen“, so Evers.

CDU-Direktkandidat für den Wahlkreis VI (Alt-Wilmersdorf):

Stefan Evers

Bürgerbüro:
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin
Tel.: (030) 341 35 34
mitmachen@berlin.de
www.stefan-evers.de



Fragebogen Stefan Evers

Wie schätzen Sie sich selbst ein?

Nachdenklich, aber nicht zögerlich. Zielstrebig, aber nicht stur. Eher Zuhörer als Erzähler. Alles in allem vielseitig und Neuem gegenüber immer aufgeschlossen.

Was mögen Sie an sich selbst überhaupt nicht?

Meine Ungeduld, mit mir selbst und mit anderen. Und manchmal brauche ich etwas zu lange, um Fehler einzugestehen.

Als Kind wollten Sie sein wie...?

... der unverschämte und liebenswerte Han Solo.

Wobei können Sie schwach werden?

Kennen Sie den Kuchenstand von Familie Sczesny auf dem Markt am Hohenzollernplatz?

Wer ist Ihr Lieblingsautor?

Da will ich mich nicht zwischen Julian Green und Sándor Márai entscheiden müssen.

Welche Musik hören Sie am liebsten?

Die Berliner Philharmoniker unter Simon Rattle. Live-Musik auf dem Köpenicker Jazzfestival, am liebsten Jocelyn Smith.

Ihre Lieblingschauspielerin?

Evelyn Hamann

Ihr Lieblingschauspieler?

Loriot

Ihre Lieblingsfigur der Geschichte?

Mahatma Gandhi

Was ist Ihr größter Wunsch?

Auf dieser Welt nicht ganz umsonst zu sein bzw. gewesen zu sein.

Was führte Sie in die Politik?

Der demographische Wandel und der Übergang in ein „postfossiles“ Zeitalter stellen uns alle vor große Herausforderungen und tiefgreifende Veränderungen – dabei wollte ich nicht nur Zuschauer sein!

Woran glauben Sie?

An das Gute im Menschen. An unsere Verantwortung vor Gott.

Was war der schönste Augenblick in Ihrem Leben?

Meine Hochzeit in der Villa Kogge, dem schönsten Standesamt Berlins.

Was war der schwierigste Moment in Ihrem Leben?

Ich habe zu früh meine Eltern und zwei Brüder verloren. Das war eine sehr schwere Zeit. Aber ich war zum Glück von Menschen umgeben, die mir Kraft gegeben haben und auch heute noch geben.

Auf welche politische Tat sind Sie besonders stolz?

Ich bin froh, wenn ich mit meinen Initiativen auch im engen Wirkungskreis eines Bezirksverordneten etwas bewegt habe.

Was würden Sie als Politiker nicht noch einmal wiederholen?

Ich hätte wohl die Politik manchmal etwas entspannter angehen lassen und mir mehr Zeit für Familie und Freunde nehmen sollen.

Wenn Sie an ein Leben ohne die Politik denken...?

Politik macht mir sehr viel Freude. Aber selbst ohne Amt, Mandat oder Partei bliebe ich sicherlich immer ein politischer Mensch.

Zwei Monate Dornröschenschlaf beendet – Bald wieder authentische Kinoerlebnisse

Kino am Bundesplatz öffnet Ende September

Die Unsicherheit um die Zukunft des Programmkinos am Bundesplatz ist beendet. Das Traditionshaus öffnet nach zweimonatiger Pause wieder seine Pforten für Cineasten und Filmfreunde aus Berlin und aller Welt.

Mit Karlheinz Opitz (Eva Lichtspiele in der Blissestraße) und Peter Latta (Deutsche Kinomathek) werden zwei ausgewiesene Kinoexperten die Spielstätte als arthouse Programm kino wiederbeleben. Bei einem Mitgliedertreff der Initiative Bundesplatz e.V. am 6. September werden die

beiden ihr Konzept der Öffentlichkeit vorstellen.

Der örtliche CDU-Vorsitzende Stefan Evers ist froh über die neue Entwicklung. Er hatte jüngst in einer politischen Initiative die Unterstützung des Bezirks für den Erhalt des Kinos angemahnt.

„Das Kino gehört nicht nur als feste Institution zum Kiez und an den Bundesplatz. Als kultureller Leuchtturm wirkt es weit darüber hinaus. Es gibt nicht mehr viele solcher Spielstätten, an denen noch ein hochwertiges Programm und authentisches Kinoerlebnis geboten wird.“



Das Programmkino am Bundesplatz soll nach zweimonatiger Pause wieder öffnen. Foto: FW



Gerade.Richtig. Michael Garmer

Meine politischen Schwerpunkte

Ich will, dass Berlin sicherer wird. Ein wichtiger Schwerpunkt meiner politischen Arbeit ist die innere Sicherheit. Für mich ist es ein grundlegendes Bürgerrecht, sich tagsüber und abends in jedem Teil unserer Stadt sicher zu fühlen, also nicht befürchten zu müssen, Opfer eines Verbrechens zu werden. Wovon hat 4000 Stellen bei der Polizei abgebaut. Die CDU wird die innere Sicherheit nach der Wahl wieder deutlich verbessern.

Entscheidend für die Zukunft Berlins: eine bessere Schulpolitik

Die Schulpolitik des rot-roten Senates ist ein Desaster für Eltern und Schüler. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Schulen ihre eigentliche Aufgabe wieder wahrnehmen können, nämlich den Schülern die ihren individuellen Neigungen entsprechende bestmögliche Bildung zu vermitteln, nach dem Grundsatz: Jedem Schüler das Beste, aber nicht allen das Gleiche. Die Schulen leiden vor allem darunter, dass ihnen vom rot-roten Senat seit Jahren eine Reform nach der anderen aufgezwungen wird, ohne dass die notwendigen personellen und finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Bei den Bildungsausgaben, gerechnet pro Kopf der Schüler, liegt Berlin vorn, bei der Ergebnisqualität dagegen hinten. Dies kann im Interesse unserer Kinder nicht so bleiben!

Mein besonderer Schwerpunkt: Wirtschaftspolitik

Im Wirtschaftsrat der CDU befasste ich mich seit Jahren mit den Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Wirtschaft in Berlin. Die Stadt hat bislang ihr Potenzial für einen nachhaltigen Aufschwung insbesondere im Bereich der Industrie und der technischen Dienstleistungen noch nicht voll ausspielen können, weil der Senat diesen Bereich über lange Jahre sträflich vernachlässigt hat. Hier möchte ich mich nach der Wahl für mehr Wachstum und Arbeitsplätze einsetzen.

Zur Person

Geboren am 14. Juni 1964 in Ahaus/Westfalen
Katholisch, verheiratet, ein Kind

Berufliche Stationen

- Studium der Physik und der Betriebswirtschaftslehre, Promotion zum Dr.-Ing.
- Qualitätsleiter eines Automobilzulieferunternehmens
- Geschäftsführer eines Zertifizierungsunternehmens
- Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrates der Caritas Familien- und Jugendhilfe gGmbH
- Geschäftsführer eines Personalberatungsunternehmens

Politische Stationen

- ab 1980: Junge Union, CDU, zeitweilig CSU, RCDS, Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes Grunewald-Halensee (bis 2007)
- Vorsitzender des Landesforums Energie, Umwelt und ökologische Stadterneuerung der Berliner CDU (seit 2009)
- Stv. Vorsitzender der Sektion Berlin des Wirtschaftsrates der CDU (seit 2009)
- Nominierung zum Direktkandidaten für das Berliner Abgeordnetenhaus für den Wahlkreis Schmargendorf/Rüdesheimer Platz/Wilmersdorf-West (2010)

Die größte Herausforderung für den Senat

Haushalt bedarf einer klugen Politik

„Berlin ist sexy, aber nicht arm genug.“ Mit diesem Zitat aus der Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts zur Klage Berlins begann Prof. Dr. Beate Jochimsen ihren Vortrag über die Berliner Finanzpolitik.

Die renommierte Finanzwissenschaftlerin und Professorin der Hochschule für Wirtschaft und Recht war auf Einladung des Schmargendorfer Wahlkreiskandidaten, Dr. Michael Garmer, zu einer öffentlichen Veranstaltung gekommen. Fundiert berichtete sie über die Entwicklung des Berliner Haushalts in den letzten 20 Jahren und den erfolglosen Versuch des rot-roten Senates, über das Bundesverfassungsgericht weitere finanzielle Unterstützung des Bundes zu erhalten. Das Bundesverfassungsgericht habe darauf hingewiesen, dass Berlin in einigen Bereichen noch immer mehr Geld ausbebe als beispielsweise Hamburg und daher zunächst weitere eigene Sanierungsmaßnahmen einleiten müsse, bevor es zusätzliche Unterstützung erhalten könne.

Kenntnisreich erläuterte die Hochschullehrerin die Einnahme-

situation des Landes Berlin, die durch eine Steuerquote von nur ca. 40 Prozent gekennzeichnet ist. Das heißt, wesentliche Teile der Einnahmen erfolgen durch Unterstützung des Bundes und der anderen Länder, insbesondere den Solidarpakt und den Länderfinanzausgleich, sowie die jährliche Neuverschuldung. Die Wissenschaftlerin betonte, dass Berlin seine Einnahmesituation auch kaum verbessern könne, da zusätzliche Steuereinnahmen fast vollständig durch entsprechende Kürzungen der Zuweisungen aus dem Finanzausgleich wieder kompensiert würden.

Die Herausforderung für die Berliner Landespolitik liege nun darin, so die Referentin, dass der Solidarpakt schrittweise bis 2019 ausläuft, der Länderfinanzausgleich bis zu diesem Zeitpunkt neu verhandelt werden muss und im gleichen Jahr auch noch die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse wirksam wird. Berlin wird also wesentliche Teile seiner Einnahmen neu organisieren müssen. Die Finanzplanung des gegenwärtigen rot-roten Senats sieht entsprechende zusätzliche Steuereinnahmen auf-

grund eines kontinuierlichen und starken Wirtschaftswachstums vor, so Prof. Jochimsen. Hierfür tue der Senat, so ergänzte Michael Garmer an dieser Stelle, aber bei weitem noch zu wenig.

Auf der Ausgabenseite hat sich Berlin gegenüber dem Bund verpflichtet, die Ausgaben in den nächsten Jahren jährlich nur um ca. 0,3 Prozent steigen zu lassen. Bei einer unterstellten Inflationsrate von 2,3 Prozent ergebe sich hieraus eine jährliche reale Ausgabenkürzung von ca. 2 Prozent oder 400 Millionen Euro. Dies sei die besondere Herausforderung, da die „politisch einfachen“ Kürzungen bereits getätigt seien.

Unter Moderation des Wahlkreiskandidaten Dr. Michael Garmer kam es anschließend zu einer munteren Diskussion mit den Zuhörern, die sich als sehr interessiert und kundig erwiesen. Michael Garmer schloss am Ende des Abends die Diskussion mit den Worten, dass es in den nächsten Jahren einer besonders klugen Haushaltspolitik bedarf, um gleichzeitig die Sanierung des Haushalts und die Bewahrung der sozialen Balance in Berlin sicherzustellen.

Wie krank ist unser Gesundheitswesen?

Zum Kardiologen durch ganz Berlin reisen?

Kürzlich diskutierte Michael Garmer mit zwei ausgewiesenen Experten zum Thema „Fachärztemangel und vernachlässigte Kliniken – Wie krank ist Berlins Gesundheitswesen“: dem Gesundheitspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn, und Prof. Dr. med. Wolfgang Ertel, dem Direktor der Klinik für Orthopädische, Unfall- und Wiederherstellungschirurgie.

Nach einer kurzen Einführung durch die beiden Experten wurden diese durch viele Fragen der anwesenden Bürger gefordert. So ging es unter anderem um Fragen, ob Berlin als Gesamt-Pla-

nungsraum zu groß sei und ob dieser nicht auf Bezirksebene heruntergebrochen werden könne. Statistisch gibt es hier bei einigen Fachärzten eine Überversorgung von 160 Prozent, wobei es aber gleichzeitig in den Bezirken einen Ärztemangel gebe.

Diskutiert wurde aber auch die Tatsache, dass Berlins Universitätskliniken wie die Charité stark unterfinanziert seien, da neben der Versorgung auch Forschung betrieben werde. Private Kliniken wie die Helios-Kliniken, die lediglich ihren Aktionären verpflichtet seien, hätten hier einen immensen Vorteil.

Einladung zur Diskussionsveranstaltung

„Schulpolitik des rot-roten Senates: Desaster für Schüler und Eltern“

Der CDU-Direktkandidat für den Wahlkreis VII, Dr. Michael Garmer, lädt ein zu einer Podiumsdiskussion zur Berliner Schulpolitik am

Donnerstag, 1. September 2011, 19.00 Uhr
Restaurant Prometheus, Schlangenhader Straße 17, 14197 Berlin

Es diskutieren Studiendirektorin Cordula Kollotschek (ehemalige Abgeordnete) und die Vorsitzende des Schulausschusses der BVV, Susanne Klose. Eltern, Schüler und Lehrer sind herzlich eingeladen!

CDU-Direktkandidat für den Wahlkreis VII:

Dr. Michael Garmer

Haben Sie ein Anliegen? Wollen Sie mich unterstützen? Schreiben Sie mir oder rufen Sie mich an!

Bürgerbüro Dr. Michael Garmer
c/o CDU-Kreisverband
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin

Tel.: (030) 21 02 75 36
mg@michael-garmer.de
www.michael-garmer.de



Treffen Sie Dr. Michael Garmer!

Termine für den Wahlkreis Schmargendorf/ Rüdesheimer Platz /Wilmersdorf-West

Montag, 5. September, 19.30 Uhr

Bürgersprechstunde des Wahlkreiskandidaten Michael Garmer, Restaurant Landauer, Landauer Straße 8, 14197 Berlin

Mittwoch, 7. September, 20.00 Uhr

Geschätzte Integration – drohen uns Londoner Verhältnisse? Was würde die CDU anders machen? Diskussionsveranstaltung mit Michael Frieser, MdB, Integrations-Beauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ort: Restaurant Prometheus, Schlangenhader Str. 17, 14197 Berlin

Montag, 12. September, 19.30 Uhr

Bürgersprechstunde des Wahlkreiskandidaten Michael Garmer, Restaurant Landauer, Landauer Straße 8, 14197 Berlin

Freitag, 16. September, 19.30 Uhr

„CDU – die Partei der Mitte?“ Diskussionsveranstaltung mit Günther Beckstein, bayr. Ministerpräsident a.D. im Wiener Café am Hagenplatz, Hagenplatz 3, 14193 Berlin